

**Kategorie:** Rezensionssaufsatz

# Der Aufstieg des Postliberalismus und die Frage nach der Zukunft des Liberalismus

**Autoren:** Veith Selk, Julian Nicolai Hofmann

Eingereicht: 09.12.2025

Angenommen: 18.03.2026

Online publiziert: 10.04.2026

© The Author(s) 2026 under CC BY International 4.0

**Zusammenfassung:** Der Liberalismus sieht sich gegenwärtig durch zahlreiche publizistische und wissenschaftliche Beiträge herausgefordert, die auf unterschiedliche Weise eine Krise des Liberalismus diagnostizieren. Wie dieser Aufsatz anhand einer Darstellung jüngerer Veröffentlichungen hierzu zeigt, kommt in diesen Beiträgen die Diagnose einer Siegkrise des Liberalismus besondere Bedeutung zu – nicht nur innerhalb

der postliberalen Literatur. Im Lichte dieser Diagnose entwickelt der Aufsatz die folgende These: Auch wenn der Postliberalismus bislang keine überzeugende Alternative zum Liberalismus bietet, formuliert er eine Kritik, die ernst genommen werden muss. Eine Beschäftigung mit ihm ist sowohl für liberale und linke Positionen als auch für die wissenschaftliche Forschung unumgänglich.

**Schlüsselwörter:** *Postliberalismus, Liberalismus, Krise, Demokratie, Konservatismus*

# The Rise of Postliberalism and the Question of Liberalism's Future

**Abstract:** Liberalism is currently being challenged by a political and scholarly discourse that diagnoses a crisis of liberalism. As this essay demonstrates through an analysis of recent contribution to this discourse, the argument that liberalism is eroding itself takes on particular significance in these works—and not only within the post-liberal literature. In light of this diagnosis, the essay substantiates the following thesis: even if post-liberalism has not yet offered a convincing alternative to liberalism, it articulates a critique that must be taken seriously. Engaging with post-liberalism is indispensable for both liberal and left-wing scholars as well as for academic research generally.

**Keywords:** *Postliberalism, Liberalism, Crisis, Democracy, Conservatism*

## Einleitung

Der Liberalismus hat die westlichen Demokratien geprägt.<sup>1</sup> Sofern man ihn nicht im parteipolitischen Sinne versteht, bilden seine Prinzipien und Ideen zentrale Elemente der politischen Kultur, in der wir heute leben. Aus diesem Grund gilt: Viele kritisieren den Liberalismus, doch ganz ohne durch ihn geprägte Freiheitsrechte leben möchten nur wenige. Vor diesem Hintergrund schien es lange Zeit schwer vorstellbar, dass der Liberalismus von der politischen Bühne verschwinden und die Demokratien ihre liberalen Eigenschaften verlieren könnten. Zwar warnte Fareed Zakaria bereits im Jahre 1997 vor dem Aufstieg der „illiberalen Demokratie“<sup>2</sup>, also vor einem Herrschaftssystem, das demokratisch, aber nicht liberal ist, bezog sich dabei jedoch auf Regionen der Erde, in denen liberalen Ideen historisch keine Prägekraft zukam.

Bekanntlich nutzt Victor Orbán seit einiger Zeit das Konzept der „illiberalen Demokratie“ zur Beschreibung des von ihm – zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieses Aufsatzes – regierten Ungarn, einem Mitglied der Europäischen Union, und erzeugt damit große mediale Resonanz. Doch ganz ohne Liberalismus scheint es selbst in Orbáns „illiberaler Demokratie“ nicht zu gehen. So erklärte er in seiner einschlägigen Rede einerseits, Ungarn sei „an illiberal state, a non-liberal state.“. Er fügte aber andererseits hinzu: „It does not reject the fundamental principles of liberalism such as freedom, and I could list a few more, but it does not make this ideology the central element of state organisation, but instead includes a different, special, national approach.“<sup>3</sup> In erster Linie also illiberal,

---

<sup>1</sup> Wir danken der/dem anonymen Gutachter/in für die wertvollen Hinweise.

<sup>2</sup> Zakaria, Fareed: The Rise of Illiberal Democracy, in: Foreign Affairs 67 (1997) H. 6, S. 22–43.

<sup>3</sup> Rede von Victor Orbán bei dem 25. Bálványos Summer Free University and Student Camp. <https://2015-2019.kormany.hu/en/the-prime-minister/the-prime-minister-s-speeches/prime-minister-viktor-orban-s-speech-at-the-25th-balvanyos-summer-free-university-and-student-camp> [ 14.10.2025]. Für eine Verortung und ideenpolitische Genealogie des Illiberalismus Orbáns siehe Buzogány, Aron/Varga, Mihai: The Ideational Foundations of the Illiberal Backlash in Central and Eastern Europe: The Case of Hungary, in: Review of International Political Economy 25 (2018) H. 6, S. 811–828 und Kováts, Eszter: Die ‚wahren Konservativen‘ und die kulturelle Hegemonie. Ideologische und diskursstrategische Verbindungen zwischen der Neuen Rechten in Deutschland und dem Orbán-

nicht-liberal und national, aber trotzdem irgendwie auch ein bisschen liberal. Man kann Orbáns Aussage als ein Täuschungsmanöver deuten; es ist gleichwohl bemerkenswert, dass der Liberalismus von Orbán auf der rhetorischen Ebene nicht vollends abgelehnt wird. Ein kategorischer Bruch mit dem Liberalismus findet, von den Rändern des politischen Diskurses abgesehen, bislang nicht statt.

Oder etwa doch? Seit geraumer Zeit entwickelt sich im akademischen Bereich, und mit politischer Ausstrahlung in die Trump-Administration sowie in das Umfeld des Vizepräsidenten JD Vance, ein politiktheoretischer und zeitdiagnostischer Diskurs, der sich selbst als *postliberal* beschreibt. Unter dem Banner der Selbstbezeichnung als Postliberalismus wird hierin eine politische Ideologie entwickelt, die bereits auf semantischer Ebene eine nicht- und nachliberale Positionierung anzeigt und dadurch den Liberalismus nicht nur normativ verabschiedet hat. Denn dieser Postliberalismus ist auch im historisch-zeitdiagnostischen Sinne zu verstehen, sind doch die meisten Postliberalen der Auffassung, dass die Zeit des Liberalismus ihrem Ende entgegengeht. Die Postliberalen verstehen sich sowohl als Überbringer der Botschaft vom Ende des Liberalismus als auch als Verkünder einer Lehre, die an dessen Stelle treten soll.

Die postliberale Theoriebildung adressiert die Krisentendenzen liberaler Ordnungen und verbindet diese Diagnosen mit einem politisch-normativen Programm. Wir werden im Folgenden beides behandeln, wobei wir die These entwickeln, dass der Postliberalismus nicht nur einen erneuten Angriff auf das liberale Denken und seine politischen wie gesellschaftlichen Implikationen darstellt, sondern auch eine spezifische Funktion erfüllen kann, da er auf der diagnostischen Ebene eine Reihe von Erschöpfungssymptomen und (Struktur-)Problemen liberaler politischer Ordnungen beschreibt, die gegenwärtig schwer zu leugnen sind. Auf normativer Ebene bietet er zwar

kaum überzeugende Alternativen an und verliert sich in teilweise widersprüchlichen wie simplen Ideologismen, die nicht als konkreter Gegenentwurf zur liberalen Ordnung taugen. Aber die Kritikmuster postliberalen Denkens können als Folie dienen, um auf Herausforderungen und Fehlentwicklungen in liberalen Ordnungen hinzuweisen. Das erfordert, die postliberale Kritik ernst zu nehmen und die Krise des Liberalismus als Chance für neue politische Entwicklungsmöglichkeiten und überfällige Kurskorrekturen zu begreifen.

Wir werden in einem ersten Schritt wissenschaftliche Zeitdiagnosen und Analysen behandeln, die auf je eigene Art eine Krise des Liberalismus beziehungsweise liberaler Institutionen und Ideen beschreiben, ohne jedoch selbst eine normative postliberale Position zu vertreten. Die in diesen diagnostizierten Krisen erweisen sich als der Nährboden, auf dem der Postliberalismus blüht. Auch wenn es in dieser Literatur zu keiner Rezeption postliberaler Autoren kommt, zeigt sich, dass eine Korrespondenz zwischen neueren wissenschaftlichen Diagnosen über die Krise des Liberalismus einerseits und postliberalen Argumentationen andererseits besteht. Diese drückt sich nicht durch eine am Text nachweisbare Übernahme postliberaler Annahmen und Semantiken aus, sondern ist vielmehr durch eine Gleichzeitigkeit gekennzeichnet, in der aus unterschiedlichen Blickwinkeln auf die Krisensymptome des Liberalismus aufmerksam gemacht wird, wobei es zu ähnlichen Diagnosen kommt. Eine Krise des Liberalismus wird also nicht nur von Postliberalen festgestellt, sondern auch in der Forschung diagnostiziert. In einem zweiten Schritt wird die Kritik am Liberalismus dargestellt, wie sie in der postliberalen Literatur formuliert wird. Hier gilt es die im Diskurs des Postliberalismus bisher vorgebrachten Konzepte und Ideen in den Blick zu nehmen, welche den Weg in eine postliberale Zukunft weisen sollen. Anschließend ist drittens die Frage von Interesse, ob und in welcher Hinsicht sich die postliberale Kritik des Liberalismus von den Kritikmustern unterscheidet, die aus dem Arsenal des historischen Antiliberalismus stammen. Da liberale oder dem Liberalismus zugeneigte

Autorinnen und Autoren seit einiger Zeit die Notwendigkeit einer Verteidigung des Liberalismus sehen, werden viertens aktuelle Rechtfertigungstexte behandelt, die den Liberalismus gegen die (nicht nur postliberalen) Angriffe verteidigen sollen. Bieten sie Antworten auf den Postliberalismus und andere Herausforderungen? Der Beitrag endet fünftens mit einem Ausblick auf Forschungsperspektiven, die sich aus dem bisherigen Stand der Debatte ergeben.

## Erschöpfungssymptome: Wissenschaftliche Diagnosen zur Krise des Liberalismus

Eine Krise des Liberalismus wird in der sozialwissenschaftlichen Literatur gegenwärtig auf vier Ebenen diagnostiziert: hinsichtlich eines Wandels der Gegenwartsgesellschaft, der Veränderung der in ihr vorherrschenden Normativität, sowie der Transformation der Demokratie und schließlich mit Blick auf eine illiberale Transformation von Kunst und Wissenschaft.

Auf die makrosoziologische Ebene zielt Ingolfur Blühdorn mit seiner jüngsten Monografie „Unhaltbarkeit“.<sup>4</sup> Er diagnostiziert darin den Anbruch einer „anderen Moderne“, die infolge der Veränderung des „Wertesystem(s) der europäisch-westlichen Moderne“ eintrete (S. 161). Zwar sei die Kernnorm des Projekts der Moderne, das autonome Subjekt, weiterhin ein zentraler Referenzpunkt politischer Akteure, Diskurse und Bewegungen. Doch infolge eines radikalisierten Emanzipationsprozesses seien die Subjekte im Begriff, sich von den überlieferten Bedeutungen dieser Norm zu emanzipieren und deren Inhalt zu reformulieren. Die gegenwärtigen illiberalen und anti-ökologischen politischen Verschiebungen bestünden vor diesem Hintergrund nicht aus einem rein negatorischen Angriff auf die Norm der Autonomie, sondern sie erfolgten in

---

<sup>4</sup> Blühdorn, Ingolfur: Unhaltbarkeit. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Suhrkamp, Berlin 2024.

Form von dessen Aneignung und Reformulierung. Die Norm des autonomen Subjekts werde „dialektisch“ transformiert: Im Namen von Selbstbestimmung werde nun mehr ein exklusives, partikularistisches, autoritäres und anti-ökologisches Projekt verfochten. Dieser normative Wandel affiziere auch die normative Struktur des Bezugs auf Demokratie. „Liberal“, so Blühdorn, „kann die Demokratie in der Spätmoderne nicht mehr sein, weil der offenbar nicht verhandelbare Anspruch auf heutige Verständnisse von Freiheit und Selbstverwirklichung zwingend die radikale Begrenzung der Anspruchsberechtigten impliziert“ (S. 324).

Während bei Blühdorn der soziokulturelle Wandel und die veränderten normativen Orientierungen des gesellschaftlich dominanten Subjekttyps im Vordergrund der Analyse stehen, richtet Philip Manow mit „Unter Beobachtung. Die Bestimmung der liberalen Demokratie und ihrer Freunde“<sup>5</sup> den Fokus auf die historische Rekonstruktion eines politisch-institutionellen Wandels. Den gegenwärtigen Angriff auf den Liberalismus durch den Populismus deutet er dabei als eine Reaktionsbewegung. Der Populismus reagiere auf einen überdehnten Liberalismus, der primär im Modus der Verrechtlichung sowie der diskursiven Hegemonie über das als normativ vorzüglich geltende Verständnis von Demokratie (als liberaler Demokratie) einen liberalen Modus des Regierens auf Dauer zu stellen versucht habe. Dieser sei indes in Konflikt mit anderen Verständnissen von Demokratie geraten. Insbesondere das elektorale Verständnis von Demokratie werde von Liberalen, unter anderem durch den Rekurs auf die Menschenrechte und eine objektive Werteordnung, negiert, weshalb nun das „liberale Projekt [...] tatsächlich in immer kürzeren Abständen ins Autoritäre umzuschlagen“ scheine (S. 46).

Der entpolitisierende, liberale Konstitutionalismus und sein Angriff auf die Volkssouveränität rufen eine populistische Gegenbewegung in Form einer Politisierung

---

<sup>5</sup> Manow, Philip: Unter Beobachtung. Die Bestimmung der liberalen Demokratie und Ihrer Freunde, Suhrkamp, Berlin 2024.

von, laut Manow, übermäßig konstitutionalisierten und durch Verfassungsgerichte koregierten Ordnungen hervor. In dieser Konstellation müsse der Populismus „als Wiedergänger der vom Liberalismus erstickten Politik verstanden werden“ (S. 26). Ähnlich wie bei Blühdorn wird die Krise des Liberalismus hier darin erblickt, dass der Liberalismus nicht aufgrund seiner Schwäche, sondern gerade aufgrund seiner Erfolge, vor allem bei der Konstitutionalisierung einer liberalen Staats- und Gesellschaftsverfassung, herausgefordert worden sei: „Die jetzige Krise muss vor dem Hintergrund des Sieges, der Überdehnung, des Triumphalismus und damit der mangelnden Selbstkritik des liberalen Modells verstanden werden, das in Deutschland – angesichts der scheinbar unmittelbaren Evidenz seiner Überlegenheit – vielleicht noch einmal besonders unkritisch gesehen wird“ (S. 108). Die Krise des Liberalismus ist sowohl bei Manow als auch bei Blühdorn eine Siegrise.<sup>6</sup>

In ähnlicher Weise lässt sich die zentrale These von Charles S. Maiers voluminösem Buch „The Project-State and Its Rivals. A New History of the Twentieth and Twenty-First Centuries“ deuten.<sup>7</sup> Maier zufolge geriet die Gesellschaft umgestaltende „project-state“ im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts ins Hintertreffen, wobei sich in Maiers Darstellung die Mitte der 1970er Jahre als die entscheidende Wendezeit erweist. Hier begann die Verschmelzung des „realm of governance“, dem globalen Netzwerk der

---

<sup>6</sup> Blühdorn verwendet den von Ulrich Beck geprägten Begriff der Siegrise indes in einem weiten Sinne, um allgemeiner auf die nichtintendierten Folgen eines beschleunigten Emanzipations- und Demokratisierungsprozesses zu verweisen, der seine eigenen Grundlagen aufzehrt. Für eine Analyse der Mechanismen der Selbstunterminierung liberaler Ordnungen siehe auch Knill, Christoph u.a.: *Failing Through Success? How Stable Liberal Orders Become Self-Destabilising*, in: *Journal of European Public Policy* (2025), S. 1–27, <https://doi.org/10.1080/13501763.2025.2580519> [16.10.2025]. Bereits einige Beiträge zur bürgerlichen Sozialphilosophie des 18. Jahrhunderts haben argumentiert, dass liberale Ordnungen aufgrund ihrer Konzentration auf Mechanismen der Systemintegration die Sozialintegration schwächen und dadurch instabil sind, siehe Ferguson, Adam: *An Essay on the History of Civil Society*, Cambridge UP, Cambridge 1995 (1767). Siehe zur Selbstaufhebung der liberalen Sozialstruktur auch den wichtigen Aufsatz von Jackson, Michelle/Grusky, David B.: *A Post-liberal Theory of Stratification*, in: *The British Journal of Sociology* 69 (2018) H. 4, S. 1096–1133.

<sup>7</sup> Maier, Charles S.: *The Project-State and Its Rivals. A New History of the Twentieth and Twenty-First Centuries*, Harvard UP, Cambridge, MA 2023.

Experten, mit dem „realm of capital“, dem globalen Netzwerk der Kapitalisten. Angetrieben von einem Konsumversprechen und unterstützt von einer für Verteilungsfragen wenig sensiblen „non-left left“, wurde es politischen und ökonomischen Eliten seit dieser Zeit möglich, die sich globalisierende Struktur eines Regierens durch Governance-Netzwerke für die Durchsetzung der eigenen Interessen in Beschlag zu nehmen (S. 240). Die folgenden Dekaden brachten Maier zufolge zwar bemerkenswert weitreichende „liberal advances in terms of race and gender rights, educational access, and just acceptance for the variations of human experience“ (S. 338) mit sich, führten aber zugleich zu erhöhter Ungleichheit, einer Auflösung sozialer Bindungen sowie einem wachsenden Zorn über die „self-satisfaction of the deserving rich“ (S. 258). Der Führungsriege populistischer Parteien und Bewegungen sei es gelungen, diesen Moment der „disillusion“ zur politischen Mobilisierung zu nutzen (S. 372). Das Bündnis zwischen Kapital und Governance, so lässt sich Maiers Buch im Sinne der These der Siegkrise des Liberalismus deuten, hat sich zu Tode gesiegt, denn gerade sein Erfolg führte zu dem globalen Aufstieg des Populismus.

Während die genannte Literatur die gegenwärtige Politisierung und Herausforderung liberaler Institutionen dem Populismus zurechnet und sie als Reaktion auf einen siegreichen Liberalismus deutet, führt Harry Lehmann in seinem Buch „Ideologiemaschinen. Wie Cancel Culture funktioniert“ den Einbruch der Politik in die Kunst und die Wissenschaft auf die digitale Medienrevolution zurück. Letztere bedrohe die Institutionen der Kunst- und Wissenschaftsfreiheit: „Infolge der digitalen Medienrevolution“, argumentiert Lehmann, „verlieren die Institutionen in liberalen Demokratien die Fähigkeit, eine Grenze zwischen politischer und nichtpolitischer Kommunikation zu ziehen, was zu erheblichen Dysfunktionalitäten führt“ (S. 7).<sup>8</sup> Durch die Digitalisierung von Kommunikation bilde sich „ein unerschöpfliches Materiallager

---

<sup>8</sup> Lehmann, Harry: Ideologiemaschinen. Wie Cancel Culture funktioniert, Carl Auer, Heidelberg 2024.

für den politischen Kampf“, so dass mittels „Dekontextualisierung und Rekontextualisierung“ vormals unpolitische Sozialsphären in den Mahlstrom einer ausgreifenden Politisierung getrieben würden (S. 36). Zum Beispiel ließen sich mittels digitaler Kommunikationstechnik ein kurzer Ausschnitt aus einer akademischen Vorlesung eines Wissenschaftlers oder eine Äußerung einer Künstlerin in den Sozialen Medien dekontextualisieren, in ein politisches Sprachspiel überführen und skandalisieren. Infolge der dadurch ausgelösten Universalisierung politischer Kommunikation breiteten sich auch in den Arenen, Diskursen und Organisationen der Kunst und der Wissenschaft politische Ideologien aus, die, befördert durch Prozesse der Gruppenpolarisierung und aufgrund der Angst vor Reputationsverlust, an die Stelle der Kunst- beziehungsweise Wissenschaftskommunikation träten. Die Referenz auf Wahrheit, Bildung und Kunst werde ersetzt durch die Referenz auf die jeweils dominante politische Ideologie, und die Institutionen der Wissenschaft und der Kunst verwandelten sich in „Ideologiemaschinen“. Lehmann führt diese Transformation von Museen, Theatern, Akademien und Universitäten in Schauplätze politischer Sprachspiele auch auf die kulturpolitisch orientierte „Neue Linke“ zurück, meldet zugleich aber Zweifel an, ob die gängige Unterscheidung zwischen Links und Rechts überhaupt noch zeitgemäß für eine wissenschaftliche Analyse ist. Zudem weist er darauf hin, dass die „Ideologiemaschinen“ auch von anderen politischen Akteuren genutzt werden könnten, wenn die Autonomie von Kunst und Wissenschaft erst einmal verabschiedet und das politische Sprechen in Wissenschaft und Kunst institutionalisiert ist: „Wenn sich Ideologiemaschinen erst einmal gesellschaftlich etabliert haben, dann lassen sie sich bei einem Machtwechsel auch umpolen. Die Neue Linke schafft heute vielerorts eine

Infrastruktur, die sich von der Neuen Rechten in einem Coup einfach übernehmen ließe – sie bräuchte nur noch die Personen auszutauschen“ (S. 43).<sup>9</sup>

Die Krise des Liberalismus, so lassen sich die Thesen der bisher vorgestellten Beiträge zusammenfassen, besteht aus einer normativen und institutionellen Erosion. Auf der normativen Ebene büße die liberale Norm der Autonomie, im Sinne des reziproken Zugestehens gleicher Freiheit, an Geltung ein. Auf der institutionellen Ebene geraten das Bündnis aus *global governance* und *global capital*, der liberale Konstitutionalismus sowie die Institutionen einer freien Kunst und einer freien Wissenschaft unter Beschuss. Im Folgenden wollen wir den Blick auf eine weitere Spielart dieser Krisendiagnostik richten, wie sie in den Theorien des Postliberalismus formuliert wird. Der postliberale Diskurs zeigt sich dabei als politisierte wie ideologisch verstärkte Zuspitzung der Kritik des Liberalismus.

## Postliberalismus: Der neueste tödliche Angriff auf den Liberalismus?

Das gegenwärtige Interesse am Postliberalismus erfolgt vor dem Hintergrund einer Wahrnehmung der Auflösung der ideologischen und institutionellen Dominanz des Liberalismus in den westlichen Demokratien, wie sie in den oben referierten Beiträgen zum Ausdruck kommt. Hierbei ist der Terminus Postliberalismus zum einen ein analytisches und diagnostisches Konzept sozialwissenschaftlicher Analyse, das eine historische Krise des Liberalismus beziehungsweise liberaler Institutionen sowie die Tendenz einer Transformation hin zu einem nicht liberalen oder nicht durch den Liberalismus dominierten Zustand zum Ausdruck bringen soll. Zum anderen beginnt mit der zunehmenden Plausibilität dieser Diagnose eine uneinheitliche Bezugnahme auf die

---

<sup>9</sup> Mit ähnlicher Stoßrichtung, aber ohne einen theoretischen Erklärungsansatz, siehe Blackford, Russel: *How We Became Post-Liberal: The Rise and Fall of Toleration*. Bloomsbury Academic, London u.a. 2024.

Semantik des Postliberalismus, die für je eigene Zwecke eingesetzt wird und normativ aufgeladen ist. So haben beispielsweise Carolin Amlinger und Oliver Nachtwey in ihrer jüngst publizierten Studie zum „demokratischen Faschismus“, das normative Konzept eines „postliberalen Antifaschismus“ lanciert.<sup>10</sup> Der Liberalismus versage dabei, diejenigen gesellschaftlichen Probleme erfolgreich zu bearbeiten, die das Aufkommen neuartiger faschistischer Tendenzen begünstigten. Als postliberal gilt dieser Antifaschismus, weil er liberale Prämissen hinter sich lassen und stattdessen auf sozialdemokratische beziehungsweise sozialistische Politikprogramme setzen soll. Ein vergleichbarer Bezug auf die normative Dimension der postliberalen Semantik findet sich bei Eva von Redecker. Ein „wirksamer Antifaschismus“, so Redecker in einem Interview im Februar 2026, müsse „nicht nur antikapitalistisch sein“, sondern auch „postliberal“, so dass „die Demokratien der Zukunft“ ihren „Fokus auf das Gemeinwohl“ richten.<sup>11</sup>

Neben dieser Verwendung der postliberalen Semantik, die eine Distanz zum Liberalismus markieren soll, existiert eine weitere, die sich auf den Postliberalismus als eine spezifische Strömung des politischen Denkens bezieht. Wie Stefan Borg in der bislang besten Monographie hierzu zeigt<sup>12</sup>, ist diese bereits in den 1990er Jahren im Vereinigten Königreich entstanden, inspiriert durch die eine Kritik des Säkularismus formulierende Theologie der *Radical Orthodoxy* John Milbanks.<sup>13</sup> Aus dieser intellektuell-akademischen

---

<sup>10</sup> Amlinger, Carolin/Nachtwey, Oliver: Zerstörungslust. Elemente des demokratischen Faschismus, Suhrkamp, Berlin 2025, S. 316–321.

<sup>11</sup> Becker, Tobias/Rapp, Tobias: „Ich bewundere alle Leute, die in ostdeutschen Dörfern Leben und nicht AfD wählen“. Philosophin Eva von Redecker über den neuen Faschismus und Donald Trump, in: Der Spiegel, 26.02.2026, <https://www.spiegel.de/kultur/philosophin-ueber-faschismus-ich-bewundere-alle-die-in-ostdeutschen-doerfern-nicht-afd-waehlen-a-a1f131cb-bf9b-4287-88e6-897841128534> [Zugriff: 10.03.2026].

<sup>12</sup> Borg, Stefan: The Return of the Common Good. The Postliberal Project Left and Right, Routledge, New York/London 2026.

<sup>13</sup> Das zentrale Buch der *Radical Orthodoxy* ist Milbank, John: Theology and Social Theory. Beyond Secular Reason, Blackwell, Malden u.a. 2006 (orig. 1990). Das zentrale theoretische Werk des britischen Postliberalismus ist Milbank, John/Pabst, Adrian: The Politics of Virtue: Post-Liberalism and the Human Future, Rowman & Littlefield, London 2016. John Gray, ein ehemaliger Anhänger Margaret Thatchers, wird zuweilen dem Postliberalismus zugerechnet; in Wirklichkeit handelt es sich bei Gray um einen vom Liberalismus enttäuschten Kulturpessimisten und Misanthropen. Siehe Gray, John: The New Leviathans: Thoughts after Liberalism, Allen Lane, London 2023.

Denkströmung hat sich mittlerweile ein politisches Projekt entwickelt, das durch die Krise des Liberalismus genährt wird. Das Wirkungsfeld dieses Projekts ist zum einen das Vereinigte Königreich, wo postliberales Denken im Kontext der verheerenden 2010er Wahniederlage der Labour-Partei in Gestalt der *Blue Labour* Bewegung sowie innerhalb der konservativen *Red-Tory*-Bewegung Einfluss erlangt hatte, denen es jeweils um den Import von Ideen aus dem anderen politischen Lager ging. Zum anderen ist postliberales Denken in den Vereinigten Staaten im Umfeld des Vizepräsidenten JD Vance von Bedeutung. Im gegenwärtigen Richtungskampf um die Ausrichtung der Republikanischen Partei unter Donald Trump und die US-amerikanische Rechte insgesamt lässt sich neben dem tech-libertären Lager, dessen prominentester Repräsentant Elon Musk ist, dem nationalkonservativen Lager, zu dem der *White House deputy chief of staff* Stephen Miller zählt, und dem rechtspopulistischen Lager, dem Steve Bannon angehört, auch ein postliberales Lager ausmachen, dem JD Vance zugehört.<sup>14</sup>

Unsere Untersuchung des postliberalen Theoriespektrums orientiert sich im Folgenden an den Unterscheidungskriterien von Stefan Borg. Mit Borg lässt sich nicht nur die Heterogenität des postliberalen Diskurses aufzeigen, der nicht auf eine durchweg reaktionäre Variante politischer Theologie reduziert werden sollte. Im Lichte einer differenzierten Betrachtung der unterschiedlichen postliberalen Theorieströmungen wird zudem deutlich, dass eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Postliberalismus unumgänglich ist, will man die ideologische Herausforderung des Liberalismus in der Gegenwart verstehen.

Der inhaltliche Kern des Postliberalismus als einer politischen Denkströmung besteht Borg zufolge aus drei Thesen. Erstens seien Postliberale auf eine spezifische Weise liberalismuskritisch, da sie, im Sinne der Argumentationsfigur der Siegkrise, der

---

<sup>14</sup> Vgl. hierzu jetzt auch Field, Laura K.: *Furious Minds. The Making of the MAGA New Right*, Princeton UP, Princeton NJ, 2025.

Auffassung seien, dass der Liberalismus aufgrund seines Erfolgs unhaltbar geworden sei. Die liberale Ideologie unterminiere sich in der Praxis selbst, da sie die individuelle Autonomie zu maximieren suche, und als Resultat ihres Erfolges zugleich alle dafür notwendigen vermittelnden sozialen Beziehungen auflöse. Das Endresultat des siegreichen Liberalismus sei deshalb eine Gesellschaft atomisierter, eigennütziger Individuen, die allein durch eine starke Regierungsgewalt zusammengehalten werden könne. Die dem Liberalismus inhärente Dynamik einer ungesteuerten Freisetzung der Individuen aus überlieferten Bindungen führe zur Notwendigkeit einer ausgreifenden Regierungstätigkeit in Staat, Wirtschaft und Kultur. Der seit den 1960er Jahren einflussreiche ‚rechte‘ wirtschaftspolitische Liberalismus und der seit den 1980er Jahren einflussreiche ‚linke‘ kulturelle Liberalismus seien hierbei zwei Seiten einer Medaille.<sup>15</sup> Das Resultat dieses in sich gespaltenen, aber siegreichen Liberalismus sei die doppelte Symptomatik eines sozialen Atomismus einerseits und eines autoritären Etatismus andererseits, deren Entstehung wir in unserer Gegenwartsgesellschaft bereits beobachten könnten.

Zweitens argumentierten Postliberale ideologie- und elitenkritisch. Im Rekurs auf James Burnhams These der „managerial revolution“<sup>16</sup> und Christopher Laschs These einer „revolt of the elites“ wollten sie die Ideologie des Liberalismus als trügerisch entlarven, da die Wirklichkeit der liberalen Gesellschaft dem Bild einer Gesellschaft von Freien und Gleichen nicht entspreche. Die liberale Gesellschaft werde in unserer Gegenwart vielmehr geprägt durch die Dominanz der „Manager“, die den regulativen Apparat in Staat, Wirtschaft und Kultur beherrsche und populistisch-demagogische Gegenrevolten hervorrufe. Die postliberale Kritik richtet sich damit gegen eine Klasse, die von den linken

---

<sup>15</sup> So auch die These von Michéa, Jean-Claude: Das Reich des kleineren Übels. Über die liberale Gesellschaft, Matthes & Seitz, Berlin 2014.

<sup>16</sup> Burnham, James: The Managerial Revolution: What is Happening in the World, John Day Company, New York 1941; Lasch, Christopher: The Revolt of the Elites and the Betrayal of Democracy, Norton, New York 1995.

Publizisten Barbara und John Ehrenreich als *professional managerial class* (PMC) bezeichnet wurde.<sup>17</sup> Die PMC bestehe aus akademisch gebildeten ‚Kopfarbeitern‘, die über keine Produktionsmittel verfügen und nicht zur Elite gehören, aber innerhalb der sozialen Hierarchie eine Leitungsposition innehaben. Sie gehörten damit weder zur traditionellen Mittelschicht noch zur Arbeiterklasse. Aufgrund ihrer relativ privilegierten Position profitierten sie von der Aufrechterhaltung der Klassenverhältnisse und tendierten zur Allianz mit den Eliten.<sup>18</sup> In dem postliberalen Diskurs wird der Begriff der PMC aufgegriffen und als eine polemische Bezeichnung für Vertreter eines technokratischen Liberalismus sowie wohlhabende *white-collar worker* mit einer kulturell liberalen und zugleich paternalistischen Einstellung gegenüber den unteren sozialen Klassen verwendet. Postliberale begreifen sowohl die Eliten als auch die PMC als soziale Trägergruppen des Liberalismus.

Drittens vertreten Postliberale die These, dass an die Stelle des liberalen Individualismus und des von ihm hervorgebrachten Autoritarismus die Orientierung am Gemeinwohl oder zumindest die Abkehr von einer auf individuellen Nutzenkalkülen gegründeten politischen Ordnung treten müsse. Hierfür brächten sie nicht-liberale Modelle eines politischen Gemeinwesens ins Spiel (Borg: Return, S. 54–70). Während These eins und These zwei – der Liberalismus befinde sich in einer Siegkrise und das Regime des managerialen Elitismus sei das ‚wahre‘ Gesicht der liberalen Gesellschaft – unter Postliberalen nicht kontrovers sind, besteht Uneinigkeit hinsichtlich der Frage, was an die Stelle des Liberalismus treten solle und auf welchem Wege die Orientierung am Gemeinwohl erreicht werden könnte. Borg unterscheidet hierfür drei Stränge des Postliberalismus: einen pluralistischen Strang, den Strang des Gemeinwohl-

---

<sup>17</sup> Ehrenreich, Barbara/Ehrenreich, John: The Professional-Managerial Class, in: Radical America 11 (1977), H. 2, S. 7–32.

<sup>18</sup> Liu, Catherine: Virtue Hoarders. The Case Against the Professional Managerial Class, Minnesota UP, Minneapolis, MN 2021.

Konservatismus, sowie den Strang des Integralismus. Diese Unterscheidung wird hier übernommen, denn sie eignet sich zur Darstellung der internen Heterogenität des Postliberalismus hinsichtlich der dritten These. Mit Blick auf diese These zeigen sich auch die unterschiedlichen Grade der Ablehnung des Liberalismus innerhalb des postliberalen Denkens.

Der pluralistische Zweig des Postliberalismus, der von Adrian Pabst, Michael Lind und Maurice Glasman vertreten wird, setzt auf die Stärkung von Berufsverbänden, Gewerkschaften, Kirchen, Familien, Traditionen und lokalen Gemeinschaften. Er argumentiert für einen kommunalistisch-demokratischen Korporatismus, der die vielgestaltige vermittelnde Ebene zwischen Staat und Gesellschaft institutionell stärken soll, um auf diesem Wege ein Widerlager gegen die desintegrativen Tendenzen eines übermächtigen und zugleich unhaltbaren Liberalismus zu schaffen. Dieser pluralistische Postliberalismus verbindet einen kulturellen Traditionalismus und eine personalistische Auffassung der Würde des Einzelnen mit einer korporatistischen Gesellschaftsauffassung und einer sozialdemokratisch orientierten Wirtschaftspolitik.<sup>19</sup>

Der Strang des Gemeinwohl-Konservatismus innerhalb des Postliberalismus, der von Patrick J. Deneen vertreten wird<sup>20</sup>, plädiert für eine andere Strategie im Umgang mit der Krise des Liberalismus. Während Deneen in seinem Bestseller „Why Liberalism Failed“ eine nahezu defätistische Position vertreten hatte, da er den durch den Liberalismus ausgelösten Niedergang in allen gesellschaftlichen Sphären erblickte und seine Hoffnung nur mehr in lokale, hauswirtschaftlich organisierte und traditionalistisch an katholischen Tugenden ausgerichtete Alternativgesellschaften im Kleinen setzte, entwickelt er in seinem Nachfolgebuch „Regime Change“ eine Transformationsstrategie

---

<sup>19</sup> Pabst, Adrian: *Postliberal Politics: The Coming Era of Renewal*, Polity, Cambridge 2021; Lind, Michael: *The New Class War: Saving Democracy from the Managerial Elite*, Portfolio, New York 2020; Glasman, Maurice: *Blue Labour. The Politics of the Common Good*, Polity, Cambridge 2022.

<sup>20</sup> Deneen, Patrick: *Why Liberalism Failed*, Yale UP, New Haven, CN/London, 2018.

zur Etablierung eines neuen Regimetyps.<sup>21</sup> Dieser solle sowohl über aristokratische als auch über populistische Elemente verfügen. Die Differenz zwischen Elite und Volk ist Deneen zufolge nicht auflösbar; die Frage einer jeglichen politischen Ordnung sei deshalb, wie diese Differenz institutionell verfasst werde.

Orientiert an der antiken wie republikanischen Idee der Mischverfassung, argumentiert Deneen vor diesem Hintergrund zum einen für die Schaffung einer neuen, tugendhaften Elite, zum anderen fordert er die institutionelle Stärkung des Volks: „a new elite can only arise with the support of insistent political power exerted by an increasingly multiracial, multiethnic working-class party“ (S. 152). Dieser „Aristopopulismus“, in dem die Wenigen und die Vielen institutionell stärker miteinander vermischt werden sollen, könne einen Ausweg aus der Krise des Liberalismus weisen. Der gegenwärtige Konflikt zwischen den Wenigen und den Vielen werde andernfalls entweder in eine autoritäre Elitenherrschaft münden oder in einer volkstümlich-populistischen Diktatur enden (S. 159). Deneen präsentiert eine ganze Reihe von Vorschlägen, mit denen dieses Ziel in den Vereinigten Staaten erreicht werden könne. Hierzu gehören unter anderem die Einschränkung der Macht von kapitalistischen Wirtschaftsorganisationen, die Dezentralisierung des politischen Systems, die Schwächung von Eliteuniversitäten, die Verminderung der Differenz zwischen höherer und niedriger Bildung, die Einführung eines allgemein verpflichtenden Dienstjahres, wobei jüngeren Generationen als einer Kompensation etwaige Schulden erlassen werden sollen, sowie eine an restriktiven christlichen Moralnormen orientierte paternalistische Sozial-, Familien-, Medien- und Kulturpolitik. Auffällig ist, dass Deneen in seinem Buch keine weitreichenden Reformen der Verfassung fordert, sondern stattdessen den Klassenkampf ins Zentrum stellt. Im

---

<sup>21</sup> Deneen, Patrick J.: *Regime Change. Toward a Postliberal Future*, Sentinel, New York 2023.

Fokus der politischen Strategie einer postliberalen neuen Rechten müsse „the peaceful but vigorous overthrow of a corrupt and corrupting liberal ruling class“ (S. xiv) stehen. Die Anschlussfähigkeit dieser Strategie an die Politik der Trump-Administration ist augenfällig.

Der integralistische Strang wird prominent von Adrian Vermeule vertreten, einem Professor für Verfassungs- und Verwaltungsrecht an der Harvard-Universität. Einerseits folgt dessen postliberaler Integralismus einem historischen antiliberalen Vorbild, dem katholischen Integralismus, in dessen Ablehnung des modernen Pluralismus und Säkularismus. Andererseits versucht Vermeule eine eigenständige, zeitgemäße Theorie zur Interpretation der US-amerikanischen Verfassung zu entwickeln, die ebenfalls eine beträchtliche ideologische Anschlussfähigkeit an die Politik der Trump-Administration aufweist. Vermeules Verfassungstheorie soll ein Instrument zur Rechtfertigung einer Neuausrichtung des Rechtssystems und des Regierens in den Vereinigten Staaten insgesamt sein.<sup>22</sup>

Gegen die konservative Verfassungstheorie des Originalismus wendet Vermeule ein, diese sei anachronistisch und damit der Realität des heutigen Verwaltungsstaats unangemessen, da dieser eine erhöhte soziale Komplexität regulieren müsse; der progressiven Theorie der „living constitution“ hält er wiederum entgegen, sie lasse dem Verwaltungsstaat zwar hinreichend Spielraum, verfüge jedoch über kein Kriterium, um zwischen illegitimer Willkür und legitimem Entscheiden unterscheiden zu können. Die ‚Lösung‘ stelle Vermeules eigener Ansatz des *common good constitutionalism* dar, den er in einer naturrechtlichen „Classical Legal Tradition“ gegründet sieht. Hierdurch sollen zwei Dinge zugleich erreicht werden: zum einen die Rechtfertigung einer sehr weitgehenden Interventionstätigkeit für den Staat und dessen Behörden, zum anderen

---

<sup>22</sup> Vermeule, Adrian: *Common Good Constitutionalism*, Polity, Cambridge, 2022.

die Orientierung an einem angeblich naturrechtlich geltenden substantiellen Gemeinwohl. Das Gemeinwohl, so erklärt Vermeule, lasse sich nicht anhand individueller Nutzenkalküle bestimmen, sondern bestehe aus den höchsten Gütern einer wohlgeordneten politischen Gemeinschaft. Diese Güter seien Gesundheit, Gefahrlosigkeit und wirtschaftliche Sicherheit. Der Gemeinwohl-Konstitutionalismus ermögliche ein starkes Regieren im Dienste einer naturrechtlichen Moralordnung: „Under contemporary conditions of extreme economic and social complexity, bureaucracy properly and intelligently deployed is an engine of unsurpassed power for promoting the common good“ (S. 135).

In der Zusammenschau dieser postliberalen Positionen wird deutlich, dass es sich beim Postliberalismus um ein ideologisches Projekt handelt, das vielleicht nicht über einen je in sich kohärenten linken und einen rechten Flügel verfügt<sup>23</sup>, sondern eine inhaltlich-programmatische Heterogenität aufweist. Vielmehr handelt es sich bei den unterschiedlichen Theorieströmungen um ein postliberales Feld, in dem unterschiedliche politische Antworten auf eine gemeinsam geteilte Krisendiagnostik formuliert werden. Diese Erkenntnis gibt Anlass, die bestehenden Deutungen im deutschsprachigen Raum zu hinterfragen, die den Postliberalismus eindeutig als eine Form des Rechtsradikalismus mit Anklängen an das politische Denken der Konservativen Revolution interpretieren<sup>24</sup> oder im Postliberalismus insgesamt eine durchgängig rechtsreaktionäre Form politischer Theologie<sup>25</sup> sehen. Das postliberale Feld ist auf seiner normativen Ebene deutlich vielseitiger strukturiert, als neuere Publikationen vermuten lassen und bildet mitnichten eine homogene politische Einheit.

---

<sup>23</sup> So aber die These bei Borg: Return (wie Anm. 12).

<sup>24</sup> Linden, Markus: Neuer Konservatismus und Neue Rechte – Konvergenz oder Divergenz, in: *Leviathan* 53 (2025) H. 3, S. 275–294.

<sup>25</sup> Voß, Carlotta: Für Gott und gegen das Böse. Die postliberale Ideologie oder: JD Vance verstehen, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* (2025), H. 4, S. 73–83.

Trotz dieser Heterogenität zeigt sich, dass im postliberalen Diskurs durchaus Argumentationsfiguren auftauchen, die Stephen Holmes in seinem Standardwerk zum Antiliberalismus rekonstruiert hat.<sup>26</sup> Hierzu zählt etwa die Kritik des Liberalismus als eine die Gesellschaft atomisierende Ideologie; als eine im Ganzen antiliberaler Denkströmung lässt sich der Postliberalismus gleichwohl nicht charakterisieren. Vielmehr enthält er ein Spektrum an Positionen, die sich anhand ihres Grades der Ablehnung liberaler Prinzipien ordnen lassen. Während der pluralistische Strang des Postliberalismus explizit nicht antiliberal ist, sondern für eine Einhegung des Liberalismus argumentiert, weist zum Beispiel Deneens Gemeinwohl-Konservatismus illiberale Züge auf, auch wenn diese dadurch konterkariert werden, dass Deneen ausdrücklich die Überwindung von Rassismus und ethnischen Chauvinismus begrüßt und, reichlich vage und eher pflichtschuldig, davor warnt, hinter liberale Errungenschaften zurückzufallen. Vermeules Integralismus schließlich ist dezidiert antiliberal, da er eine Rechtfertigung einer entfesselten Staatsgewalt mit einem vormodern-metaphysischen Naturrechtsdenken verbindet. Die eingangs beschriebene Attraktivität der Postliberalismus-Semantik könnte vor dem Hintergrund der Krisensymptome des Liberalismus indes dazu führen, dass sich das Feld postliberaler Positionen in Zukunft noch weiter ausdifferenzieren wird.

Fast alle Vertreter der drei Stränge des Postliberalismus argumentieren vor einem jeweils mehr oder minder explizit gemachten Hintergrund religiöser und theologischer Metaphysik, allerdings tritt das Motiv einer politischen Theologie in unterschiedlicher

---

<sup>26</sup> Holmes, Stephen: Die Anatomie des Antiliberalismus, Rotbuch, Hamburg 1995. Für Bezüge zwischen der blühenden Illiberalismusforschung und dem Postliberalismus siehe Laruelle, Marlene: Illiberalism: A Conceptual Introduction, in: East European Politics 38 (2022), H. 2, S. 303–327. Bei Laruelle ist Postliberalismus ein Definiens des Illiberalismus: „In describing illiberalism as post-liberal, I mean it pushes back against liberalism after having experienced it; this ‘post-‘ aspect is critical because it explains the disillusioned tone of illiberalism“, ebd., S. 311. Dieser Definition zufolge kann es nur dort Illiberalismus geben, wo zuvor der Liberalismus eine prägende Rolle gespielt hat.

Weise in Erscheinung.<sup>27</sup> Das Spektrum reicht von Vermeules reaktionärem Versuch einer Wiederbelebung des historischen Integralismus<sup>28</sup> bis hin zu Glasmans und Pabsts pluralistischer Position, die sowohl die säkularen als auch die religiösen Wurzeln der britischen Arbeiterbewegung hervorhebt und sich auch auf das Prinzip der Religionsfreiheit bezieht.

Diese Einordnung entspricht der politischen Aktivität der Protagonisten des postliberalen Denkens. Pabst und der im britischen Oberhaus sitzende Glasman engagieren sich in der britischen Labour Partei, Deneen hingegen zählt zum intellektuellen Umfeld des US-amerikanischen Vizepräsidenten JD Vance, reiste mehrfach nach Ungarn und traf sich dort unter anderem mit Victor Orbán zum persönlichen Gespräch.<sup>29</sup> Vermeule schließlich, der zu den einflussreichsten Verwaltungsjuristen der Vereinigten Staaten zählt, tritt nicht nur als Fürsprecher einer affirmativen Lesart des Werks von Carl Schmitt in Erscheinung, sondern auch als ein eifriger Nutzer Sozialer Medien, wobei er durch kuriose Wortmeldungen auffällt und eine Strategie der Provokation mittels *shitposting* verfolgt, um die Empörung des liberalen Kommentariats zu erregen.<sup>30</sup> Als ein eigenartiges Phänomen eines Medienintellektuellen im Zeitalter der Digitalisierung verbindet Vermeule in geradezu postmoderner Weise die antikisierende Aura altrömischer *Gravitas*

---

<sup>27</sup> Vgl. Congdon, David W.: What Has New Haven to Do with Hungary? On Theological and Political Postliberalism, in: *The Journal of Religion* 105 (2025), H. 4, S. 415–437.

<sup>28</sup> Siehe hierzu Vallier, Kevin: *All the Kingdoms of the World. On Radical Religious Alternatives to Liberalism*, Oxford UP, Oxford 2023.

<sup>29</sup> Schenkt man dem Pressechef Orbáns Glauben, wurden in dem Gespräch komplexe Fragen des Designs politischer Institutionen erörtert: „The prime minister’s press chief, Bertalan Havasi quoted Deneen as saying that nations should be subordinated to God so that they can counterbalance the deficiencies of human institutions.“

<https://abouthungary.hu/news-in-brief/pm-orban-meets-patrick-j-deneen-to-discuss-importance-of-family-and-god> [20.10.2025]. Zwischen den US-amerikanischen Postliberalen und Ungarn bestehen institutionelle Verbindungen. So ist Gladden Pappin, der Mitgründer des substack-Kanals *Postliberal Order*, auf dem Deneen, Vermeule und andere US-amerikanische Postliberale das politische Zeitgeschehen kommentieren, mittlerweile der Präsident des ungarischen Instituts für internationale Angelegenheiten.

<sup>30</sup> Zum Beispiel kommentierte er die Werbung für ein Treffen US-amerikanischer Konservativer mit dem Satz: „The very first group for the camps“, was ihm sogleich als ein Zeichen für Antisemitismus angekreidet wurde.

<https://www.thecrimson.com/article/2020/2/26/vermeule-tweet-backlash/> [20.10.2025]. Die öffentliche Skandalisierung von Massengräbern auf dem Gelände katholischer ‚Residential Schools‘ bezeichnete er als „hoax“. <https://hlrecord.org/vermeule-calls-first-nations-burial-ground-hoax/> [20.10.2025].

mit der ironischen „kill-all-normies“-Rhetorik der kulturkämpferischen Anhänger von Pepe, dem Frosch.<sup>31</sup>

## In Verteidigungsstellung: Versucht, den Liberalismus zu verteidigen!

Zu dem klassischen liberalen Arsenal der Begründungen des Nutzens der Meinungsfreiheit zählt John Stuart Mills Argument, ohne den durch die Meinungsfreiheit ermöglichten argumentativen Widerstreit in der Öffentlichkeit ermangele es den in einer Zeit jeweils als gültig erachteten Ideen an der Herausforderung durch konkurrierende Ideen. Nur durch den argumentativen Widerstreit könnten die Gründe zur Rechtfertigung dieser Ideen verbessert und geschärft werden. Ist eine Idee hingegen vorherrschend und müsse sich keines intellektuellen Gegners erwehren, komme ihr nach einer gewissen Zeitspanne nur noch eine „verdrießliche, erstarrte Zustimmung“ zu.<sup>32</sup> Sie sinke zu einem unhinterfragt geglaubten Dogma herab. „Sowohl Lehrer wie Jünger schlafen auf ihrem Posten ein“, schreibt Mill, „sobald kein Feind in Sicht ist“.<sup>33</sup>

Wie oben gezeigt, tritt der vielgestaltige Postliberalismus sowohl als ein Feind wie auch als ein Gegner des Liberalismus in Erscheinung. Die postliberale Kritik hat auf diese Weise dazu beigetragen, dass die Lehrer und Jünger des Liberalismus – schreckhaft – aufgewacht sind. Man kann in diesem Zusammenhang nicht sagen, postliberale Autoren würden ignoriert oder sie seien in einem größeren Ausmaß ein Opfer der *cancel culture* geworden. Im Gegenteil: Die postliberale Kritik am Liberalismus wird eingehend, wenn auch zunehmend polemisch, diskutiert.<sup>34</sup> Und Deneens „Why Liberalism Failed“ ist,

---

<sup>31</sup> Hierzu Nagle, Angela: Kill All Normies: Online Culture Wars from 4chan and Tumblr to Trump and the Alt-Right, Zero Books, Winchester/Washington 2017.

<sup>32</sup> Mill, John Stuart: Über die Freiheit, Reclam, Stuttgart 2010 (orig. 1859), S. 60.

<sup>33</sup> Ebd., S. 63.

<sup>34</sup> Siehe etwa die Debatte zwischen Deneen, Patrick J., Fukuyama, Francis, McCloskey, Nansen Deirdre, West Cornel : Is Liberalism worth saving?, in: Harper's Magazine Februar 2023, <https://harpers.org/archive/2023/02/is->

ironischerweise, nicht zuletzt durch eine öffentliche Empfehlung des ehemaligen US-Präsidenten Barack Obama, der es als „thought-provoking“ empfand, zu einem in der Öffentlichkeit vielbeachteten Buch geworden.<sup>35</sup>

Die Herausforderung durch den Postliberalismus, wie auch die eingangs beschriebene Krise des Liberalismus, haben dazu geführt, dass in jüngerer Zeit eine ganze Reihe an Schriften erschienen sind, die das Ziel verfolgen, den Liberalismus sowohl gegen die Angriffe seiner postliberalen Herausforderer zu verteidigen als auch Wege aus dessen Krise aufzuzeigen. Mit Blick auf diese Literatur lassen sich idealtypisch zwei Verteidigungsstrategien unterscheiden, die wir in Form einer exemplarischen Fallauswahl darstellen. Erstens sieht die *Strategie der Kurskorrektur* den zentralen Grund für die Krise des Liberalismus und die Resonanz der Angriffe auf ihn darin, dass er in der Vergangenheit einen falschen Weg eingeschlagen habe, weshalb nun eine ideologisch-programmatische Neuausrichtung liberaler Theorie und Politik erforderlich sei. Zweitens erblickt die *Strategie der Rechtfertigung* in einem Verständnismangel den zentralen Grund für diese Krise sowie das Motiv für die Attraktivität nicht-liberaler Alternativen zum Liberalismus. Dessen grundlegende Prinzipien, deren Begründung und die Erkenntnis von deren praktischem Nutzen seien in Vergessenheit geraten. Die wichtigste Aufgabe bestehe vor diesem Hintergrund darin, das Wesen und Wirken des Liberalismus besser zu erklären und ihn auf diesem Wege effektiv öffentlich zu rechtfertigen.

---

[liberalism-worth-saving-francis-fukuyama-cornel-west-deirdre-mccloskey-patrick-deneen/](#) [12.10.2025]; vgl. auch Lilla, Mark: *The Tower and the Sewer*, in: *The New York Review of Books*, Juni 2024, <https://www.nybooks.com/articles/2024/06/20/the-tower-and-the-sewer-why-liberalism-failed-deneen/> [04.10.2025].

<sup>35</sup> Siehe hierzu den entsprechenden Post Obamas auf Facebook, in dem es zu Deneens Buch heißt: „In a time of growing inequality, accelerating change, and increasing disillusionment with the liberal democratic order we’ve known for the past few centuries, I found this book thought-provoking. I don’t agree with most of the author’s conclusions, but the book offers cogent insights into the loss of meaning and community that many in the West feel, issues that liberal democracies ignore at their own peril“, <https://www.facebook.com/barackobama/posts/10155941960536749> [06.10.2025].

Für die erste Strategie der Kurskorrektur plädiert Samuel Moyn in seinem jüngsten Buch „Der Liberalismus gegen sich selbst. Intellektuelle im Kalten Krieg und die Entstehung der Gegenwart“.<sup>36</sup> Für Moyn, der seit einigen Jahren in Form wechselseitiger Rezensionen mit Deneen die akademischen Klängen kreuzt, ist das Problem nicht der Liberalismus, sondern sein illegitimer Erbe, der während des Kalten Krieges entstandene *Cold War Liberalism*. Letzterer sei nach dem Zweiten Weltkrieg vorbereitet worden, im Kalten Krieg zur Blüte gelangt und stelle im Kern eine entstellte, minderwertige Form des liberalen politischen Denkens dar, da er das genuin liberale Versprechen von Fortschritt und Perfektion verabschiedet habe.<sup>37</sup> Durch die Abkehr von einer progressiven Geschichtsphilosophie, wie sie noch für Mill kennzeichnend gewesen sei, aufgrund der Kritik von perfektionistischen Ideen sowie infolge der Errichtung eines Anti-Kanons verbotener Denker, zu denen Jean-Jacques Rousseau und Karl Marx gehörten, beraubte der *Cold War Liberalism* das liberale Denken seines fortschrittlichen *appeals* und bereitete den Boden für den späteren Triumph des Bündnisses aus Neoliberalismus und Neokonservatismus. Moyn zufolge verfügen wir aufgrund der durch den ‚dünnen‘ Liberalismus des Kalten Krieges ausgelösten normativen Deflation, dem Absinken politischer Aspirationen, über keine attraktive politische Utopie mehr.<sup>38</sup> Was wir heute als Krise der Demokratie deuten, ist laut Moyn die Frucht einer weit gediehenen

---

<sup>36</sup> Moyn, Samuel: *Der Liberalismus gegen sich selbst. Intellektuelle im Kalten Krieg und die Entstehung der Gegenwart*, Suhrkamp, Berlin 2024. Zur Debatte zwischen Moyn und Deneen vgl. Moyn, Samuel: *Neoliberalism, Not Liberalism, Has Failed. A Response to Patrick Deneen*, in: *Commonweal*, Dezember 2018, <https://www.commonwealmagazine.org/neoliberalism-not-liberalism-has-failed> [20.10.2025]; Deneen, Patrick: *Review Essay: Liberalism against Itself. Cold War Intellectuals and the Making of Our Times by Samuel Moyn*, in: *American Affairs* VII (2024), H. 4, <https://americanaffairsjournal.org/2023/11/liberalism-against-itself/> [02.10.2025].

<sup>37</sup> Zum *Cold War Liberalism* siehe auch Bessner, Frank, Brenes, Michael/Franczak, Michael: *A Brief History of Cold War Liberalism*, in: *Cold War History* 24 (2024), H. 2, S. 299–308; zur westdeutschen Variante des *Cold War Liberalism* siehe Bavaj, Riccardo: *Cold War Liberalism in West Germany: Richard Löwenthal and ‚Western Civilization‘*, in: *History of European Ideas* 49 (2023), H. 3, S. 607–624; s. a.: Hofmann, Julian Nicolai: *The Haunted House of Liberalism: Rezension zu "Liberalism against Itself: Cold War Intellectuals and the Making of Our Times"*, in: *Soziopolis: Gesellschaft beobachten* (2023), <https://www.soziopolis.de/the-haunted-house-of-liberalism.html> [03.04.2026].

<sup>38</sup> Dass die Menschenrechte als eine politische Utopie nicht mehr zu überzeugen vermögen, ist die These von Moyn, Samuel: *The Last Utopia: Human Rights in History*, Belknap Press, Cambridge, MA 2010.

Unzufriedenheit mit der Absenkung normativer Standards und die Folge des Schwindens attraktiver freiheitlicher Zukunftsentwürfe, was postliberale Alternativen in einem günstigeren Licht erscheinen lässt.

Moyn illustriert diese These, die in der Einleitung und im Nachwort des Buches umrissen wird, mittels sechs Kapiteln über Intellektuelle des Kalten Krieges, namentlich Judith Shklar, Isaiah Berlin, Karl Popper, Gertrude Himmelfarb, Hannah Arendt und Lionel Trilling. Trotz seiner in Teilen nuancierten Behandlung dieser Autorinnen und Autoren – und, im Falle von Shklar, trotz einer starken Sympathie für deren Frühwerk „After Utopia“, das der Tradition des progressiven Liberalismus angehört –, verfolgt Moyn in seinem Buch im Großen und Ganzen eine rorty-eske Strategie. Das Buch bietet eine Neubeschreibung an, die das intellektuelle Werk der behandelten Protagonisten und Protagonistinnen in einem schlechten Licht dastehen lassen soll. Zu diesem Zweck prangert Moyn nicht nur deren Attacken auf progressive, linksliberale Ideen an, sondern er entblößt auch deren politische Fehleinschätzungen und moralische Verfehlungen, wozu für Moyn insbesondere die Ignoranz der *Cold War Liberals* gegenüber kolonialer Unterdrückung und Abwertung antikolonialer Politik gehören. Mit seiner Diskreditierung zentraler Referenzautoren eines ernüchterten, normativ deflationären Liberalismus, der sein progressives Erbe verleugnet habe, bereitet Moyn eine Kurskorrektur des liberalen politischen Denkens vor; er leistet sie aber nicht selbst. Wie ein zeitgemäßer, fortschrittlicher Linksliberalismus, gerade im Angesicht der gegenwärtigen Krise des Liberalismus, aussehen könnte, lässt sich Moyns Buch nicht entnehmen.

Ähnliches gilt für das vermutlich letzte Buch Michael Walzers namens „The Struggle for a Decent Politics: On ‚Liberal‘ as an Adjective“.<sup>39</sup> Es handelt sich um eine Publikation, die, statt normativer Orientierung und einer Kurskorrektur des Liberalismus, bei den

---

<sup>39</sup> Walzer, Michael: *The Struggle for a Decent Politics: On ‚Liberal‘ as an Adjective*, Yale UP, New Haven, CN 2023.

Leserinnen und Lesern eher Rührung und Melancholie auslösen wird. Walzer, der zu den profiliertesten Theoretikern der linksliberal-pluralistisch ausgerichteten Version des Kommunitarismus zählt und bedeutende Werke zur modernen politischen Philosophie verfasst hat<sup>40</sup>, geht darin von der Frage aus, was das Adjektiv „liberal“, im Unterschied zum Substantiv „Liberalismus“ ausmacht und welchen Einsatz es im Politischen erhalten sollte. Seine Antwort lautet, dass es als ein Adjektiv im Politischen Substantive und -ismen benötigt, mit denen es kompatibel ist, wie zum Beispiel Nationalismus, Feminismus, Zionismus, Sozialismus, Demokratie. Diese wiederum erhielten erst durch die Hinzufügung des Adjektivs „liberal“ eine spezifische Färbung sowie ihre normative Vorzüglichkeit: Der Sozialismus werde als liberaler Sozialismus menschenfreundlich, die Demokratie als liberale Demokratie pluralistisch, die Religion als liberale Religion tolerant, und der Nationalismus als liberaler Nationalismus fremdenfreundlich. Diese Perspektive wird in unterschiedlichen Kapiteln mittels einer am Common Sense ausgerichteten Sprache exemplifiziert und illustriert, wobei Walzers eigene Biografie als ein engagierter linksliberaler Intellektueller den Großteil des Stoffs der Darstellung bildet. Wie Walzer im Vorwort anmerkt, handelt es sich nicht um ein akademisches, sondern um ein politisches Buch; es handele sich um ein „argument about politics – about the best kind of politics“. „It’s not quite“, fügt er dort hinzu, „a program, more like a hope“ (S. ix). Vermutlich stellt sich beim Lesen aus diesem Grund die eingangs erwähnte Melancholie ein. Walzers sichtlich den 1970er Jahren verhafteter, menschenfreundlicher und zukunftsoptimistischer Linksliberalismus wirkt aus der Zeit gefallen.

Der anachronistische Zug von Walzers Buch liegt nicht zuletzt daran, dass in ihm drängende Probleme unserer Gegenwart, die der zweite Abschnitt dieses Artikels behandelt, nicht systematisch reflektiert werden. Die schwindende Unterstützung des

---

<sup>40</sup> So etwa Walzer, Michael: Sphären der Gerechtigkeit: ein Plädoyer für Pluralität und Gleichheit, Campus, Frankfurt a. M./New York 1992.

Liberalismus scheint zwar eine Hintergrundproblematik des Buchs zu sein, aber sie wird nicht eingehend erörtert oder erklärt. Im Kontrast hierzu konzentriert sich Azeem Ibrahim, der einem in Washington ansässigen Thinktank angehört, in „Authoritarian Century: Omens of a Post-Liberal Future“ auf diese schwindende Unterstützung, die er mit einem Plädoyer für eine Kurskorrektur beantwortet. Es handelt sich um ein politisches Sachbuch, das in sehr groben Strichen die globale Herausforderung von Demokratie und politischem Liberalismus umreißt. Ibrahims Erklärung für die schwindende Unterstützung des Liberalismus lautet: „We have an economic and, to some extent, a political system that really does not meet the needs and expectations of a significant part of the electorate“ (S. 230).<sup>41</sup> Insbesondere der Vormarsch des ökonomischen Liberalismus habe zur Konzentration wirtschaftlicher Macht geführt, die sich in die Zunahme politischer Macht von Eliten übersetzt habe, was wiederum die Funktionsweise der demokratischen Verfahren störte und die politische Kultur der Demokratien erodieren ließ (S. 8). Michael Walzer würde hier von dem Problem der Konvertibilität von Geld in politische Macht sprechen, das ein liberaler Sozialismus zu verhindern habe (Walzer, S. 49–51); Azeem zufolge werde dieses Problem von politischen Akteuren der rechten und linken Mitte nicht adressiert: „Almost fifteen years on from the 2008 financial crisis, the liberal-democratic centre of politics still has no convincing answer to an ever-worsening economic and political outlook“ (Ibrahim, S. 90). Ibrahims eigene, bestechend einfache Lösungsformel zur Überwindung der Krise der liberalen Demokratie bietet jedoch auch keinen Lösungsweg an, sondern zeigt selbst ein Problem auf: „If we make liberal democracy work for people, they will like it and support it. If we fail to do that, they will abandon it“ (S. 234).

Francis Fukuyama, dessen einschlägige Publikationen zum „Ende der Geschichte“ den Zeitgeist des unipolaren Moments nach dem Ende der Sowjetunion zum Ausdruck

---

<sup>41</sup> Ibrahim, Azeem: *Authoritarian Century: Omens of a Post-Liberal Future*, Hurst Publishers, London 2023.

gebracht hatten, sieht den Liberalismus unter Rechtfertigungsdruck. Seiner Auffassung nach befindet sich nämlich nicht die Demokratie in der Krise, sondern der Liberalismus: „Es ist der Liberalismus und nicht die Demokratie, der in den letzten Jahren am schärfsten angegriffen wird“ (S. 18).<sup>42</sup> Sein Buch „Der Liberalismus und seine Feinde“ reagiert hierauf mit einem „Versuch, das theoretische Fundament des klassischen Liberalismus darzulegen und einige Gründe zu erläutern, warum er Unzufriedenheit und Gegnerschaft hervorruft“ (S. 175).

Laut diesem Buch, das im Unterschied zu einigen früheren Publikationen Fukuyamas<sup>43</sup>, eher im Stil einer in einfacher Sprache gehaltenen Fibel zur Staatsbürgerkunde verfasst wurde, sind in erster Linie der Neoliberalismus, das heißt, die durch ihn ausgelöste Ungleichheit, dessen Prämierung des Egoismus, die Schwächung des Staates und die Auszehrung kollektiver Güter, sowie die Attacken durch den Rechtspopulismus und die gruppenbezogene Identitätspolitik die wesentlichen Gründe für die gegenwärtige Krise des Liberalismus. Fukuyama zählt zu diesen Gründen zwar auch einige dem Liberalismus inhärente Tendenzen, etwa die Auflösung kollektiver Identitäten, aber die wesentliche Bedrohung erwachse aus dem Agieren von dessen Feinden, über deren Entstehung man in diesem Buch indes wenig erfährt. Der Liberalismus wiederum bestehe aus einer „klassischen“ Lehre, in deren Zentrum der Individualismus, der Egalitarismus, der Universalismus sowie der Glaube an die Verbesserungsfähigkeit von Politik und Gesellschaft stünden und denen institutionell das abstrakte Modell einer liberalen Demokratie entspreche. Mit seiner Zurückweisung des Neoliberalismus und gleichzeitigem Lob des „klassischen“ Liberalismus verbindet Fukuyama die Strategie der Kurskorrektur mit der Strategie der Rechtfertigung.

---

<sup>42</sup> Fukuyama, Francis: Der Liberalismus und seine Feinde, Hoffmann und Campe, Hamburg 2023.

<sup>43</sup> Vgl. etwa Fukuyama, Francis: The Origins of Political Order. From Prehuman Times to the French Revolution, Farrar, Straus & Giroux, New York 2012.

In dem etwas holzschnittartig argumentierenden Buch findet sich allerdings nichts, was im öffentlichen Diskurs nicht bereits viele Male vorgetragen worden wäre. Dies gilt auch für die von Fukuyama unterbreiteten Vorschläge, wie die Krise des Liberalismus überwunden werden könnte. Hier bietet er Lösungen an, deren Simplizität bemerkenswert ist: Der Staat sowie eine leistungsfähige, unpersönlich agierende Bürokratie seien von Bedeutung. Gleiches gelte für den Föderalismus und die Meinungsfreiheit. Auch gelte es zu beachten, dass die Adressaten von Rechten Individuen aber keine Gruppen sein sollten. Neben der Gleichheit und der universellen menschlichen Würde sei überdies Mäßigung von großer Wichtigkeit (S. 181–190). Überraschend ist indes Fukuyamas These, die „Blütezeit der liberalen Demokratie“ sei in den Jahrzehnten zwischen 1950 und 1970 zu verorten, die ja üblicherweise weder mit Individualismus und Egalitarismus noch mit einer sonderlich liberalen Form von Politik in Verbindung gebracht werden, sondern mit einer hochgradig organisierten, ja, „formierten“ Gesellschaft und einer entsprechend interventionistischen Politik.<sup>44</sup> Da die Sache, um die es geht, ernst ist, könnte man in Anbetracht der argumentativen Flughöhe des Buches versucht sein zu sagen: Wenn der Liberalismus solche Freunde hat, benötigt er keine Feinde mehr.

Fukuyama sucht an einer Stelle seines Buchs bei der Aneignung eines berühmten, Winston Churchill zugeschriebenen Zitats Zuflucht. Er schreibt, „der Liberalismus sei die schlechteste aller Staatsformen, ausgenommen alle anderen“ (S. 159). Ähnlich beendet die Philosophin Elif Özmen ihr Buch „Was ist Liberalismus?“, welches bereits im Titel ausflaggt, dass es in Sachen Liberalismus Erklärungsbedarf gibt. Sie schreibt: „Alles in allem ist die liberale Demokratie die schlechteste Regierungs- und Lebensform, abgesehen von allen anderen“ (S. 102).<sup>45</sup> Das am philosophischen Diskurs des 20.

---

<sup>44</sup> Hierzu Conway, Martin: *Western Europe's Democratic Age, 1945–1968*, Princeton UP, Princeton, NJ/Oxford 2020.

<sup>45</sup> Özmen, Elif: *Was ist Liberalismus?* Suhrkamp, Berlin 2023.

Jahrhunderts orientierte Buch hat sich jedoch keine vergleichende Bilanz zwischen liberalen und nicht-liberalen Regierungs- und Lebensformen zum Ziel gesetzt, sondern es soll die objektive Geltung der normativen Grundlagen liberaler Demokratie begründen. Hierfür formuliert es im Sinne der Strategie der Rechtfertigung die These, es gäbe trotz aller Differenzen zwischen liberalen Theorien, die von John Rawls bis zu Friedrich August von Hayek reichten, einen normativen Kern des Liberalismus, der die Grundlagenphilosophie der liberalen Demokratie bilde. Dieser Kern wird als „trio liberale“ vorgestellt: „Individualismus, Freiheit und Gleichheit“ (S. 12), wobei der Freiheit das Primat zukomme. Im Ergebnis läuft das Buch auf eine Rechtfertigung der liberalen Demokratie hinaus, die sowohl eine vernunftlogische Begründung als auch eine pragmatisch-diskursive Plausibilisierung umfasse. Einerseits erfolge die Begründung „durch Gründe, die jeder verstehen und die jeder teilen kann, Gründe, die objektiv gut sind“ (S. 91). Andererseits müssten Liberale zugleich darauf setzen, dass sie „hierfür Zustimmung im Sinne der wechselseitigen rationalen Akzeptabilität“ erlangen würden (S. 186). Was aber, wenn mit dieser Zustimmung nicht mehr gerechnet werden kann, wie es gegenwärtig der Fall ist?

Keine Zweifel an der unverbrüchlichen Zustimmungsfähigkeit des Liberalismus und einer weiterhin konkurrenzlos hohen Zustimmung zur liberalen Gesellschaft äußert schließlich Tomer Persico, der in seinem kurzen Büchlein „Liberalismus. Seine Wurzeln, Grundsätze und Krisen“<sup>46</sup> der Krise des Liberalismus mit einem populär gehaltenen Beitrag zum Genre der Siegeregeschichte beikommen will, die ebenfalls der Strategie der Rechtfertigung zuzuordnen ist. Persico zufolge hat sich im Westen eine „liberale Logik, die sich aus dem Menschenbild der jüdisch-christlichen Tradition ergab, [...] ausgeschöpft“ und sei zu ihrem logisch-historischen Ende gekommen (S. 41). Das Ende der Geschichte, so die Suggestion, ist in Gestalt der liberalen Gesellschaft erreicht

---

<sup>46</sup> Persico, Tomer: Liberalismus. Seine Wurzeln, Grundsätze und Krisen, NZZ Libro, Basel 2025.

worden. Die Prinzipien des Liberalismus, „Individualismus, Freiheit und Gleichheit“ (S. 11), seien in Form ihrer Institutionalisierung in der liberalen Demokratie nunmehr unhintergebar.

Aber woher rührt dann die Kritik am Liberalismus? In einer eigentümlichen Aneignung der These der Sieglkrise argumentiert Persico, die Kritik am Liberalismus, insbesondere in Gestalt einer „postliberale(n) Form der Identitätspolitik“ (S. 89), sei deshalb so einflussreich, weil der Liberalismus so erfolgreich gewesen sei: „Man könnte sogar argumentieren, dass sich seine Schwächen gerade jetzt zeigen, weil die liberale Ordnung einen so triumphalen Sieg errungen hat. Paradoxiweise liegt die Schwachstelle des Liberalismus also ausgerechnet in seinem Siegeszug zur im Westen vorherrschenden Ideologie“ (S. 9). Dies habe primär damit zu tun, dass der Liberalismus auf seinem Siegeszug kollektive Identitäten, Quellen von Sinn und Motive für Solidarität habe erodieren lassen. Dieses Problem lasse sich jedoch beheben, indem, wie es reichlich vage bei Persico heißt, der Staat gestärkt werde und die „Vision einer vorbildlichen Gesellschaft“ sowie ein „gemeinsames Ethos“ und ein „gemeinsames Narrativ“ entwickelt würden (S. 123). Für Persico handelt es sich hierbei indes nur um kleinere Kurskorrekturen; im Grundsätzlichen bestehe gar kein Grund zur Beunruhigung. Denn allein der Liberalismus antworte auf das gesellschaftlich fest verwurzelte Bedürfnis nach persönlicher Autonomie, und nur er könne mit dem Faktum einer differenzierten Gesellschaft umgehen. Alle nicht-liberalen Ideologien hingegen versagten hierbei, sie „leugnen ... die Realität“ (S. 120). Der Liberalismus hingegen „funktioniert einfach“ (S. 118). Aber wenn der Liberalismus selbstevident das Beste ist, was die Menschheitsgeschichte zu bieten hat und einfach funktioniert, warum muss er dann im Stil einer politischen Fabel gerechtfertigt werden, wobei das Problemniveau unterschritten wird, das die in Abschnitt zwei behandelten Texte aufweisen? Mit Blick auf die hier dargestellte apologetische Literatur Fukuyamas und Persicos verfestigt sich der Eindruck, dass diese Lehrer des Liberalismus nicht (mehr) auf ihrem Posten schlafen, da

ihnen der Schreck der postliberalen Literatur sichtlich in die Glieder gefahren ist, sie aber deren Argumentationsniveau nicht erreichen.

Vielleicht müssen sie das auch gar nicht. Denn zieht man die damit einhergehende Apologetik ab, trifft Persicos Buch einen zentralen Punkt: Neben dem Liberalismus als einer politischen Ideologie existiert in westlichen Gesellschaften ein kulturell verwurzelter, sozial eingewöhnter, subkutan auf der Einstellungs- und Motivebene wirksamer und als solcher politisch wirkmächtiger *Hintergrundliberalismus*. Die mit ihm verbundenen Ansprüche an individuelle und kollektive Selbstbestimmung und Anerkennung stellen vermutlich eine größere Hürde für eine jegliche postliberale Politik dar als ausgefeilte theoretische Rechtfertigungen des Liberalismus, die diesen als die unhintergehbare *master ideology* westlicher Gesellschaften legitimieren sollen. Im Sinne Blühdorns ist deshalb wohl nicht mit dem Erfolg einer autoritären Negation des Hintergrundliberalismus zu rechnen, sondern eher mit modernisierten Neo-Autoritarismen, die sich Ansprüche an Selbstbestimmung und Anerkennung auf je eigene Art zu nutze machen werden.

## Kein Fraß für Geier: Ein Ausblick auf Forschungstendenzen

Die Forschung zu dem hier behandelten Themenkomplex ist höchst lebendig. In kurzer Abfolge erscheinen Titel, die in die Debatte über die Zukunft des Liberalismus eingreifen und den Postliberalismus als einen Herausforderer liberaler Theorie und Praxis begreifen. Hierbei ist der Ausdruck Postliberalismus zum einen als Bezeichnung einer spezifischen Strömung des politischen Denkens zu verstehen; er fungiert zum anderen aber auch als ein diagnostischer Begriff, der unsere gegenwärtige Epoche als eine Zeit des Übergangs in eine nachliberale oder nicht mehr vom Liberalismus geprägte Zeit bezeichnen soll. Infolge der Attraktivität der relativ unbestimmten Postliberalismus-Semantik, mit der

zunächst nur eine Distanz zum Liberalismus angezeigt wird und die sich (noch) als ein offener Bezugsrahmen für alles eignet, was sich selbst in einem weiten Sinne als liberalismuskritisch versteht, ist bislang nicht abzusehen, welche weiteren Bedeutungsschichten sich zu diesen hinzugesellen werden.

Für die Forschung über den Postliberalismus als einem politischen Projekt liegen die Anknüpfungspunkte an die gegenwärtig sehr lebendige wissenschaftliche Auseinandersetzung über Illiberalismus und Konservatismus auf der Hand.<sup>47</sup> Innerhalb der Literatur, die selbst dem Postliberalismus zuzuordnen ist, sind hingegen drei Tendenzen und Fragestellungen von besonderer Relevanz, auf die wir im Folgenden näher eingehen wollen. Erstens beginnt eine Diskussion des postliberalen Projekts im Lichte der gegenwärtigen Veränderungen internationaler Politik. Zweitens stellt sich die Frage nach der Möglichkeit einer postliberalen Konzeption von Demokratie. Drittens setzt eine Debatte über das Für und Wider eines dezidiert linken Postliberalismus ein.

Hinsichtlich der ersten Perspektive fällt auf, dass die postliberale Literatur die internationale Politik bislang stiefmütterlich behandelt hat, obwohl die Anknüpfungspunkte an die Diskussion der Krise der liberalen internationalen Ordnung innerhalb der Disziplin der Internationalen Beziehungen naheliegen.<sup>48</sup> Es existiert bislang weder der Versuch, den Postliberalismus als analytische Kategorie auf die internationalen Beziehungen zu übertragen noch ein systematischer Beitrag, der die postliberale Theorie auf die internationale Ebene anwendet. Erste Ansätze hierzu finden

---

<sup>47</sup> Laruelle, Marlene (Hrsg.): *The Oxford Handbook of Illiberalism*, Oxford UP, Oxford 2025; Sajó, András/Ulitz, Renáta/Holmes, Stephen (Hrsg.): *Routledge Handbook of Illiberalism*, Routledge, London 2022; Adler-Bartels, Tobias: Ideologische Konflikte und historische Konstellationen – Forschungsperspektiven auf den Konservatismus, in: *Politische Vierteljahresschrift* 66 (2025), H. 1, S. 445–467. <https://doi.org/10.1007/s11615-025-00592-z> [01.04.2026].

<sup>48</sup> Ikenberry, G. John: *A World Safe for Democracy. Liberal Internationalism and the Crises of Global Order*, Yale UP, New Haven/London 2020; Mearsheimer, John J.: *The Great Delusion. Liberal Dreams and International Realities*, Yale UP, New Haven/London 2018.

sich in Philip Pilkingtons „The Collapse of Global Liberalism“.<sup>49</sup> Der als *Senior Research Fellow* am Hungarian Institute of International Affairs tätige Ökonom Pilkington schließt darin an die Vorarbeiten von John Gray, Patrick Deneen und Alasdair MacIntyre an und deutet den Liberalismus als ein metahistorisches Projekt, das zu einem global hegemonialen Regime geworden sei. Es habe zwar die rationale Organisation von Gesellschaft und Wirtschaft sowie den Abbau (traditioneller) Hierarchien ermöglicht, sich aber zu einem Hyperliberalismus übersteigert und sei dadurch selbstnegatorisch geworden, was sich an der Deindustrialisierung liberaler Ökonomien, neuen globalen Konflikten, sinkenden Geburtenraten und sozialen Verwerfungen zeige. Diese Argumentation bewegt sich im Fahrwasser der These der Siegkrise; zugleich neigt Pilkington dazu, die postliberale Kritik am Liberalismus karikaturhaft zu übersteigern.<sup>50</sup> Der Liberalismus erscheint bei ihm als die Ursache aller Übel der Gegenwart. Kritiker des Postliberalismus könnte das zu der ironischen Bemerkung reizen, hier werde der Postliberalismus zur Kenntlichkeit entstellt.

Für Pilkington markieren der Aufstieg Chinas, sowie der russische Angriff auf die Ukraine einen Strukturbruch mit der liberalen internationalen Ordnung, die sich nunmehr in Richtung einer postliberalen Multipolarität verschiebe. Während der einst hegemoniale Westen durch die neoliberale Deindustrialisierung strategisch geschwächt worden sei, hätten Staaten wie China und Russland trotz ihrer Zurückweisung liberaler Prinzipien überraschend stabile, wachstumsstarke sowie resiliente Alternativmodelle etabliert, die nunmehr als attraktives Modell für die Staaten des globalen Südens dienen würden: „[...] China’s illiberal model of governance might be emulated in many ways by emerging economies the world over“ (S. 68). Pilkington zufolge zeige sich diese Entwicklung auch

---

<sup>49</sup> Pilkington, Philip: *The Collapse of Global Liberalism. And the Emergence of the Post-liberal World Order*, Polity, Cambridge 2025.

<sup>50</sup> Vgl. hiermit die differenzierte Analytik der Herausforderung liberaler internationaler Ordnungen bei Goddard, Stacie E. u.a.: *Contestation in a World of Liberal Orders*, in: *Global Studies Quarterly* 4 (2024), H. 2. <https://doi.org/10.1093/isagsq/ksae026> [02.01.2025].

im militärischen Bereich. Auf dem „post-liberal battlefield“ (S. 106), das sich paradigmatisch in einer Rückkehr zum Stellungskrieg im Osten der Ukraine offenbare, treten günstige Massenprodukte aus dem Iran, China und Russland den teuren High-end-Geräten westlicher Akteure durchaus erfolgreich gegenüber. Die technologische Überlegenheit des Westens werde auch im Jemen durch billige Drohnen und Präzisionswaffen herausgefordert. Vor allem aber sei die Absicherung der liberalen internationalen Ordnung zunehmend von industriellen Produktionskapazitäten abhängig, die vom Westen längst ausgelagert worden seien.

Die These einer neuen Multipolarität wird auch von Philip Cunliffe in „The National Interest“<sup>51</sup> geteilt, der sich jedoch nicht explizit auf die postliberale Debatte bezieht. Cunliffe diagnostiziert ein Comeback des Nationalstaates. Anders als Pilkington, der die makroökonomischen Dynamiken des globalen Liberalismus behandelt, kritisiert er vor allem supranationale Organisationen, deren Aufstieg demokratische Kontrollmöglichkeiten ausgehöhlt und die staatliche Souveränität beschränkt habe: „Transnational integration and supranational union became means by which ruling elites sought to retreat from democratic pressure of the nation.“ (S. 75) Auf diese Weise habe sich im internationalen System ein technokratischer Globalismus entwickelt, der politische Verantwortlichkeiten verwische, demokratische Legitimationsstrukturen unterlaufe und deshalb nun durch eine postliberale Neuordnung herausgefordert werde.

Weder Cunliffe noch Pilkington liefern ein ausgearbeitetes Modell einer postliberalen Weltordnung. Es bleibt deshalb unklar, wie eine postliberale Rekonfiguration internationaler Normen, Institutionen und Praktiken aussehen könnte und welche institutionellen Formen ein postliberales System internationaler Politik zwischen Nationalstaaten aufweisen sollte. Damit stellt sich auch die Frage, wie globale

---

<sup>51</sup> Cunliffe, Philip: *The National Interest. Politics After Globalization*, Polity, Cambridge 2025.

Kooperation jenseits der etablierten internationalen Organisationen und Regime zu gestalten wäre, da diese ja von Postliberalen und Kritikern der liberalen Weltordnung als illegitim oder dysfunktional angesehen werden. Wie sollen in einer postliberalen Weltordnung grenzüberschreitende Politikfelder wie die Klimapolitik, die Migrationspolitik und die Wirtschaftspolitik effektiv und legitim bearbeitet werden?

Zweitens entwickeln die bisherigen Beiträge zum Postliberalismus kein eigenständiges Demokratiemodell. Zwar werden in dieser Literatur, wie gezeigt, insbesondere die Dominanz politischer Eliten, die Dynamiken sozialer Ungleichheit und der Mangel an Sozialintegration problematisiert, jedoch bleiben diese Kritikmuster zumeist ohne direkten Bezug auf demokratiethoretische Fragestellungen. Sie sind oftmals auf einer kulturkritischen oder geschichtsphilosophischen Ebene angesiedelt. Grundsätzlich müsste ein postliberales Verständnis der Demokratie plausible Argumente für eine konzeptionelle Trennung von Liberalismus und Demokratie bereitstellen, deren Liaison sich historisch als äußerst prägend erwiesen hat.<sup>52</sup> Welche Demokratiekonzeptionen lassen sich überhaupt mit einer Absage an liberale Grundprinzipien vereinbaren? Die bestehende Literatur bleibt hier vielerorts unbestimmt oder greift auf Argumente zurück, die republikanischen und populistischen Demokratiekonzepten entnommen werden.

Zum einen finden sich in der postliberalen Theorie Bezüge auf das republikanische Modell der Mischverfassung. In dem weiter oben erwähnten Buch „The Politics of Virtue“<sup>53</sup> entwerfen Adrian Pabst und John Milbank eine Konzeption von Mischverfassung, die eine ‚organische‘ Kooperation zwischen den Wenigen und den Vielen ermöglichen soll. Das damit korrespondierende Demokratiemodell sieht eine tugendhafte, im Sinne des Gemeinwohls handelnde Elite vor, die zugleich an die demokratische Teilhabe der Vielen

---

<sup>52</sup> Erste Überlegungen hierzu bei Canihac, Hugo: Illiberal, Anti-liberal or Post-liberal Democracy? Conceptualizing the Relationship Between Populism and Political Liberalism, in: Political Research Exchange 4 (2022), H. 1, <https://doi.org/10.1080/2474736X.2022.2125327> [ 02.12.2025].

<sup>53</sup> Milbank/Pabst: Politics (wie Anm. 13).

rückgekoppelt wird und so eine Balance zwischen der staatlichen Zentralmacht und lokalen Formen der Selbstregierung ermöglichen solle: „A mixed constitution outflanks in advance the tendency of liberal democracies to oscillate between debased popular will on the one hand, and the power of the executive allied to the oligarchic interests of a few, on the other.“<sup>54</sup> Dieses Modell ist weder plebiszitär, noch rein repräsentativ, sondern orientiert sich an einer kooperativen und mehrstufigen Integration unterschiedlicher politischer Körperschaften, wodurch demokratische Praktiken dezentriert werden sollen. Damit weist es Parallelen zur konsoziativen Demokratietheorie auf.

Neben den republikanischen Einflüssen weisen postliberale Demokratievorstellungen zum anderen auch populistische Elemente auf, was sich aus der Überschneidung mit dem Motiv der Elitenkritik ergibt. So deutet Patrick Deneen den Populismus als eine Reaktion auf ein durch den Liberalismus verursachtes Demokratiedefizit. Populismus wird hier als demokratisches ‚Vitalitätssignal‘ gedeutet, als ein Bedürfnis nach lokaler Selbstregierung, das ein wiederkehrendes Muster in der Geschichte darstelle und von den politischen Eliten stets als eine Bedrohung der Ordnung delegitimiert werde.<sup>55</sup> Der liberalen Angst vor dem *demos* soll aber auch hier nicht vollständig durch ein populistisch-plebiszitäres Politikkonzept begegnet werden, da dieses sich als anfällig für despotische Versuchungen erwiesen habe. Stattdessen solle es mittels einer „aristopopulistischen“ Mischverfassung institutionell eingehegt werden. Hier zeigen sich, wenn auch unter anderen politischen Vorzeichen, Überschneidungen mit dem Motiv der Einhegung, das den liberalen Konstitutionalismus kennzeichnet.

Für ein postliberales Demokratieverständnis lässt sich zusammenfassen, dass populistische Elemente einen Bestandteil einer nachliberalen Ordnung bilden sollten,

---

<sup>54</sup> Ebd., S. 205.

<sup>55</sup> Deneen, Patrick J.: Democracy and Its Discontents, in: Notre Dame Magazine, Herbst 2024, <https://magazine.nd.edu/stories/democracy-and-its-discontents/> [30.11.2025].

ohne jedoch zum prägenden Element zu werden. Ein entsprechend ausgearbeitetes demokratiethoretisches Modell fehlt jedoch. Viele der hier besprochenen Postliberalen würden zwar darin übereinstimmen, dass das Ende der liberalen Demokratie nicht mit dem Ende der Demokratie überhaupt verwechselt werden dürfe. Aber wie eine postliberale Demokratie aussehen könnte, bleibt unklar. Die politische Parteinahme einiger rechter Postliberaler für Orbáns kleptokratisch-postdemokratisches System wirft zudem die Frage auf, wie aufrichtig ihr Bezug auf demokratische Prinzipien ist.

Drittens schließlich ist zu erwarten, dass die Diskussion über einen linken Postliberalismus in Zukunft an Bedeutung gewinnen wird. Mit Stefan Borg haben wir auf die Heterogenität postliberaler Theorien hingewiesen, die eine eindeutige Einordnung in das ‚rechte Lager‘ erschweren. Wenn der Postliberalismus in der deutschen Rezeption zumeist auf die Skandalautoren Deneen und Vermeule reduziert und ausschließlich dem Konservatismus zugeordnet wird, verfestigt sich ein einseitiges Bild der postliberalen Theorieoptionen. Konträr zu diesem Trend lassen sich nämlich auch auf Seiten der politischen Linken Bezüge auf den Postliberalismus erkennen, auch wenn diese bislang tentativen Charakter haben und deshalb programmatisch noch blass sind. Dies gilt etwa für die bereits erwähnte Konzeption eines linken, postliberalen Antifaschismus bei Carolin Amlinger und Oliver Nachtwey<sup>56</sup>, aber auch für das biografisch unterlegte Plädoyer des linken Philosophen Raymond Geuss, man solle „nicht wie ein Liberaler denken“.<sup>57</sup>

Andere unterfüttern ihr Plädoyer für eine nicht-liberale Linke mit dem Rekurs auf gemeinschaftsorientierte Wertevorstellungen. Exemplarisch für diese Position steht der französische Philosoph und Essayist Jean-Claude Michéa, mit seiner Schrift „Das Reich

---

<sup>56</sup> Amlinger/Nachtwey: *Zerstörungslust* (wie Anm. 10), S. 316–321.

<sup>57</sup> Geuss, Raymond: *Nicht wie ein Liberaler denken*, Suhrkamp, Berlin 2023.

des kleineren Übels. Über die liberale Gesellschaft“<sup>58</sup>. Michéa deutet den modernen Liberalismus als eine historisch gewachsene Einheit aus politischen, kulturellen und ökonomischen Aspekten, die nicht voneinander zu trennen sind. Der „real existierende Liberalismus“ (S. 14) stelle ein Gesamtregime dar, in dem die ‚positiven‘, also freiheitlichen Aspekte des Liberalismus untrennbar mit den ‚negativen‘ Strukturen einer kapitalistischen Wirtschaft und deren Ausbeutungsstrukturen verbunden seien. Diese These einer Einheit des Liberalismus erinnert zwar an Deneens Figur einer Totalität liberaler Politik nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, wird von Michéa jedoch stärker ideenhistorisch entwickelt und in Form einer rabiaten Kritik an der neuen, kulturellen Linken seit 1968 aufbereitet. Diese neue Linke sei elitär, stehe der rückständig empfundenen Kultur und Lebensweise der Arbeiterklasse ablehnend gegenüber und sei dem diskreten Charme des kulturell progressiven Liberalismus verfallen, ohne die kapitalistische Realität praktisch in Frage zu stellen. Diese Kritik der (liberalen) politischen Linken hat Michéa in seinen französischen Veröffentlichungen detailliert ausgearbeitet.<sup>59</sup>

Als Alternativprogramm argumentiert Michéa für einen linken Populismus, der auf drei Säulen fuße und dem in der Literatur Ansatzpunkte für die Entwicklung eines linken Postliberalismus zugeschrieben werden. Obwohl sich Michéa selbst nicht in der postliberalen Theoriebildung verortet, zeigen sich hier deutliche Überschneidungen. Erstens erinnert er mit Verweis auf das kommunitaristische Denken von Christopher Lasch<sup>60</sup> an die Relevanz der Elitenkritik, die eine postliberale Linke berücksichtigen müsse. Zweitens umfasst Michéas Entwurf die Idee eines „ursprünglichen Sozialismus“,

---

<sup>58</sup> Michéa: Reich (wie Anm. 15).

<sup>59</sup> So etwa in Michéa, Jean-Claude: *Notre Ennemi, le Capital. Notes sur la Fin des Jours tranquilles*, Editions Flammarion, Paris 2018; Michéa, Jean-Claude/Julliard, Jaques: *La Gauche et le Peuple : lettres croisées*, Editions Flammarion, Paris 2014.

<sup>60</sup> Michéa, Jean-Claude „Preface to Christopher Lasch, *The Culture of Narcissism*“, in: Behrent, Michael C. (Hrsg.): *Towards a Conservative Left. Selected Writings of Jean-Claude Michéa*, Vauban Books, Blowing Rock, NC, 2025, S. 51–62.

der sich „wesentlich auf die Vorstellungen von Moral und Gemeinschaft bezieht“ (S. 18) und auf der von George Orwell der Arbeiterklasse zugeschriebenen Einstellung der „common decency“ aufbaut. Diese ‚volkstümliche‘ Empathie und Fairness, solle sich nicht aus abstrakten Normen ableiten, sondern ihre sozialintegrative Kraft aus lebensweltlich verankerten Tugenden und der Erfahrung eines egalitären Gemeinschaftslebens entwickeln können.<sup>61</sup> Drittens schließlich verweist Michéa auf die Notwendigkeit einer Abkehr vom (liberalen) Progressivismus, unter dessen Deckmantel der Siegeszug liberaler Eliten und marktförmiger Verwertungslogiken erfolgreich gewesen sei. Es gelte, den Mythos des Fortschritts aufzugeben, der in eine fragwürdige Koalition zwischen kulturellen Linken und liberalen Marktgesetzen geführt habe. All das erinnert stark an einen linken Kommunitarismus, geht aber konzeptionell darüber hinaus, weil Michéas Denken eindeutig einer sozialistischen wie revolutionären Kritik des Kapitalismus verpflichtet bleibt. Er fordert die politische Linke dazu auf, liebgewonnene liberale Gewissheiten über Fortschritt, Freiheit und eine falsch verstandene universalistische Toleranz in Frage zu stellen und mit dem verbreiteten Hintergrundliberalismus zu brechen. Für einen linken Postliberalismus liefert Michéa mit seinen pointierten Essays und scharfen Polemiken jedoch allerhöchstens fragmentarische Ansatzpunkte und kein theoretisches Programm. Konkrete politische Entwürfe über die Grenzen und Möglichkeiten eines zwar demokratischen, aber nicht-liberalen Sozialismus, lassen sich seinem Denken nicht entnehmen.

Der jüngste Beitrag zur Diskussion eines linken Postliberalismus wurde von Paul Kelly vorgelegt. Kelly, der sich nicht mit Michéa auseinandersetzt, sondern den etablierten Postliberalismus US-amerikanischer und britischer Prägung behandelt, verweist auf die

---

<sup>61</sup> Behrent, Michael C. (Hrsg.): *Towards a Conservative Left. Selected Writings of Jean-Claude Michéa*, Vauban Books, Blowing Rock, NC, 2025, S. 11.

Fragwürdigkeit des Rückgriffs auf „Faith, Family and Flag“.<sup>62</sup> Er argumentiert, dass die postliberalen Politik-, Identitäts- und Gemeinschaftskonzepte den Strukturproblemen moderner Gesellschaften unangemessen seien. Vielmehr würde der Postliberalismus eine „politics of nostalgia“ anstreben, „that masks inequalities of wealth, of power and finally, of opportunity“<sup>63</sup>, weshalb er ein rotes Tuch für alle linken und egalitären Bestrebungen sein sollte. Kelly will die Linke damit vor den Versuchungen der neuen Liberalismuskritik warnen, denn diese biete keine Alternative zu den Beschränkungen des bisherigen Liberalismus. Vielmehr limitiere jeder soziale Konservatismus soziale Mobilität und setze den Egalitätsbestrebungen eine statische Sozialordnung entgegen, die blind gegenüber den ökonomischen Ungleichheiten sei. Der Postliberalismus sei eine Sackgasse für die politische Linke. Kellys eigene Vorschläge für einen anderen, stärker links orientierten und inklusiveren Liberalismus bleiben allerdings blass und lassen sich in den Bereich liberaler Rechtfertigungsstrategien einordnen. Das Buch schließt folglich mit einer wenig konkreten Hoffnungsformel: „The solution to the problem of neoliberalism can only come from within liberalism and not from beyond it.“<sup>64</sup> Gleichwohl trifft Kellys Kritik einen neuralgischen Punkt, der in der zukünftigen Diskussion berücksichtigt werden sollte: Geht mit dem Bezug auf nicht-liberale Ideen in der Linken eine Einschränkung sozialer Egalität einher, die dem linken Emanzipationsversprechen widerspricht?

---

<sup>62</sup> Ähnlich argumentiert Matt Sleat. Für ihn stellt der Postliberalismus eine neue Form der politischen Rechten dar, die ihre Ziele nur mit den bedrohlichen Mitteln autoritärer Politik verwirklichen könne. Vgl. Sleat, Matt: Post-Liberalism, Polity, Cambridge 2025.

<sup>63</sup> Kelly, Paul: Against Post-Liberalism. Why ‚Family, Faith and Flag‘ is a Dead End for the Left, Polity, Cambridge 2025, S. 159.

<sup>64</sup> Ebd., S. 167.

## Schluss

Die Diskussion um den Postliberalismus gewinnt weiter an Relevanz und erstreckt sich inzwischen auf ein breites Spektrum an wissenschaftlichen Fragestellungen und politischen Konflikten – wozu auch eine allmählich an Fahrt gewinnende Kontroverse über einen postliberalen Feminismus gehört.<sup>65</sup> Im englischsprachigen Raum werden in kurzen Abständen neue Beiträge über den Postliberalismus und zur Verteidigung des Liberalismus<sup>66</sup> publiziert, wobei die Politik der Trump-Administration diese Kontroverse massiv befeuert; und auch im deutschsprachigen Raum nehmen das akademische und öffentliche Interesse an dem Thema zu.<sup>67</sup> Hierbei geben die anhaltenden Krisentendenzen des Liberalismus und der Aufstieg illiberaler Politik nicht nur Anlass zur wissenschaftlichen Beschreibung des Postliberalismus, sondern erfordern auch eine Beurteilung von dessen politischen Erfolgchancen.

Auch wenn die abschließende Bewertung des postliberalen Projekts zum jetzigen Zeitpunkt unmöglich erscheint, da wir uns erst am Anfang der Debatte befinden, wollen wir in diesem Sinne zum Abschluss zwei Schwachstellen des Postliberalismus als einem politischen Projekt hervorheben. Erstens stellt die akademisch-wissenschaftliche Literatur zum Postliberalismus auf der diagnostischen Ebene im Hinblick auf politische Entwicklungen und globale (Macht-)Dynamiken plausible Problemdiagnosen bereit. Das postliberale Projekt (im politischen Sinne) wirft aber hinsichtlich seiner programmatischen Ziele Fragen auf. Denn wie unterschiedliche Kritiker betont haben, fußt es auf einem nostalgischen Rückgriff auf vergangene oder der Vergangenheit zugeschriebene Normen, Subjektivitäten, Organisationsformen und Lebenswelten. Da

---

<sup>65</sup> Baer, Judith A.: *Feminist Post-Liberalism*, Temple UP, Philadelphia PA 2020. Harrington, Mary: *Feminism Against Progress*, Forum, London 2023.

<sup>66</sup> Sunstein, Cass R.: *On Liberalism*. In *Defense of Freedom*, The MIT Press, Cambridge MA 2025.

<sup>67</sup> Selk, Veith/Hofmann, Julian Nicolai (Hrsg.): *Postliberalismus? Eine transatlantische Debatte*, Suhrkamp, Berlin 2026, i.E.

die Voraussetzungen für deren Wiederbelebung oder Erzeugung nicht bestehen, leiden sowohl die linken als auch die rechten Bezüge auf den Postliberalismus an dem Syndrom des *Retrogradismus*.<sup>68</sup>

Zweitens lässt sich eine ethisch ausgerichtete Politik, wie der Postliberalismus sie anstrebt, in einer differenzierten Gesellschaft nur durch eine politisch herbeigeführte Stärkung von Mechanismen der Sozialintegration umsetzen, was wiederum die Reduktion sozialer und politischer Komplexität voraussetzt. Eine dem entsprechende Politik der Entdifferenzierung erfordert die Bildung eines hohen Maßes an politischer Macht sowie die Steigerung der staatlichen Steuerungskapazitäten. Beides scheint jedoch im Lichte der gegenwärtigen Polarisierungstendenzen sowie vor dem Hintergrund der weitreichenden Probleme der Regierbarkeit gegenwärtig wenig aussichtsreich. In normativer Hinsicht unterschreitet der Postliberalismus als ein politisches Projekt überdies das bereits erreichte Niveau von Ansprüchen an Selbstbestimmung und Anerkennung. Stefan Borg schlägt daher vor, den Postliberalismus nicht als eine überzeugende politische Programmatik zu begreifen, sondern als eine Möglichkeit, die blinden Flecken des Liberalismus auszuleuchten.<sup>69</sup> Die postliberale Herausforderung des Liberalismus wäre dann, trotz ihrer politischen Heterogenität, ein Anlass, um Strukturprobleme liberaler Gesellschaften wie etwa Elitismus, Fortschrittsverlust und Anomie zu reflektieren. Das postliberale Denken kann die liberalen Denkgewohnheiten mit Problemen konfrontieren, von der sich in Zukunft zeigen muss, ob der Liberalismus diese aus sich selbst heraus zu lösen im Stande sein wird.

---

<sup>68</sup> Vgl. Kemmerzell, Jörg/Selk, Veith: Contestations of Liberal Globalism and the Rise of the Retrograde Party, in: *Critical Sociology* 51 (2024), H. 4-5, S. 761–777. <https://doi.org/10.1177/08969205241253966> [01.04.2026].

<sup>69</sup> Borg, Stefan, Die Wiederherstellung von Zuständen, die im Wesentlichen Nebenprodukte sind. Zur Tragfähigkeit postliberaler Politik, in: Selk/Hofmann (Hrsg.) *Postliberalismus?* (wie Anm. 67).

## Auswahlbibliografie:

Borg, Stefan: *The Return of the Common Good. The Postliberal Project Left and Right*, 172 S., Routledge, New York/London 2026.

Blühdorn, Ingolfur: *Unhaltbarkeit. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, 384 S., Suhrkamp, Berlin 2024.

Deneen, Patrick J.: *Why Liberalism Failed*, 224 S., Yale UP, New Haven, CT/London 2018.

Deneen, Patrick J.: *Regime Change. Toward a Postliberal Future*, 288 S., Sentinel, New York 2023.

Deneen, Patrick J./Fukuyama, Francis/Nansen McCloskey/Deirdre, Cornel West: „Is Liberalism worth saving?“, in: *Harper's Magazine* Februar 2023, URL: <https://harpers.org/archive/2023/02/is-liberalism-worth-saving-francis-fukuyama-cornel-west-deirdre-mccloskey-patrick-deneen/> [ 12.10.2025].

Fukuyama, Francis: *Der Liberalismus und seine Feinde*, 224 S., Hoffmann und Campe, Hamburg 2023.

Glasman, Maurice: *Blue Labour. The Politics of the Common Good*, 200 S., Polity, Cambridge 2022.

Gray, John: *The New Leviathans. Thoughts after Liberalism*, 192 S., Allen Lane, London 2023.

Ibrahim, Azeem: *Authoritarian Century. Omens of a Post-Liberal Future*, 336 S., Hurst Publishers, London 2023.

Maier, Charles S.: *The Project-State and Its Rivals. A New History of the Twentieth and Twenty-First Centuries*, 528 S., Harvard UP, Cambridge, MA 2023.

Manow, Philip: *Unter Beobachtung. Die Bestimmung der liberalen Demokratie und ihrer Freunde*, 252 S., Suhrkamp, Berlin 2024.

Milbank, John/Pabst, Adrian: *The Politics of Virtue. Post-Liberalism and the Human Future*, 419 S., Rowman & Littlefield, London 2016.

Moyn, Samuel: *Der Liberalismus gegen sich selbst. Intellektuelle im Kalten Krieg und die Entstehung der Gegenwart*, 303 S., Suhrkamp, Berlin 2024.

Özmen, Elif: *Was ist Liberalismus?*, 208 S., Suhrkamp, Berlin 2023.

Pabst, Adrian: *Postliberal Politics. The Coming Era of Renewal*, 160 S., Polity, Cambridge 2021.

Persico, Tomer: *Liberalismus. Seine Wurzeln, Grundsätze und Krisen*, 124 S., NZZ Libro, Basel 2025.

Pilkington, Philip: *The Collapse of Global Liberalism. And the Emergence of the Post-liberal World Order*, 240 S., Polity, Cambridge 2025.

Vermeule, Adrian: *Common Good Constitutionalism*, 270 S., Polity, Cambridge, 2022.

Walzer, Michael: *The Struggle for a Decent Politics. On „Liberal“ as an Adjective*, 176 S., Yale UP, New Haven, CN 2023.